

WOLFGANG METHLING: DIE LINKE IN DER DEBATTE ZUM KLIMAWANDEL

Die größtenteils enttäuschenden Ergebnisse der Europawahl und der Kommunalwahlen 2019 stecken vielen Mitgliedern und Wählern der LINKEN noch in den Knochen. Oftmals haben wir die selbst gesteckten Ziele nicht erreicht und fragen uns nach den Gründen. So auch ich.

Ich will voran stellen, dass mich der geringere relative Wählerzuspruch nicht wirklich überrascht hat, denn mit dem Zuwachs der AfD und der GRÜNEN war zu rechnen. Die dominanten Themen im Wahlkampf waren die Haltung zu Flüchtlingen und zum Klimawandel. Die höhere Wahlbeteiligung und Wählerwanderung zu diesen Parteien hat alle Konkurrenten Stimmen und Stimmenanteile gekostet, vor allem die CDU, aber auch DIE LINKE. Im Kreistag des Landkreises Rostock sitzt die AfD nun mit 9 Mitgliedern (2014 waren es 3), die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit 6 statt 4 Mitgliedern, die CDU hat statt 26 nur noch 20 Mitglieder. DIE LINKE und SPD haben noch 11 statt 13 Sitze im Kreistag. Ich denke die hauptsächlich Gründe liegen bei der Kom-

munalwahl nicht in der Qualität unserer Wahlprogramme und unserer Kandidaten für den Kreistag und die Gemeindevertretungen, sondern daran, dass DIE LINKE



auf Bundes-, Landes- und Kreisebene an ihrer humanistischen Flüchtlingspolitik festgehalten hat und nicht dem populistischen „Mainstream“ gefolgt ist. Und darüber bin ich sehr froh! Aber unsere Verluste sind auch darauf zurückzuführen,

dass DIE LINKE auf Bundesebene nicht klar als Pro-EU- oder Anti-EU-Partei und als konsequente ökologische, als Klimaschutzpartei wahrgenommen wurde. Und das hat weniger mit unseren Programmen, sondern vielmehr mit unserem Wahlkampf, der Auswahl von Wahlplakaten und dem öffentlichen Erscheinungsbild unserer Partei zu tun. Das ist auch nicht neu, sondern ein Problem, das seit vielen Jahren diskutiert, aber nicht gelöst wurde.

Ich war von 1991 bis 2019 Delegierter oder Gast auf allen Bundesparteitagen und von 2003 bis 2014 Stellv. Vorsitzender bzw. Mitglied des Parteivorstandes der PDS bzw. LINKEN. Im Zusammenwirken mit vielen ökologisch Engagierten konnten wir erreichen, dass in unseren Partei- und Wahlprogrammen die ökologische Frage als zentrale Frage der Entwicklung verstanden und postuliert wurde (Erfurter Programm von 2011), aber die Spitzenvertreter unserer Partei und Bundestagsfraktion haben diese Botschaft kaum in die Gesellschaft getragen, weil man ... *Fortsetzung auf S. 3*

1. SEPTEMBER - WELTFRIEDENSTAG

20.000 Postkarten werden um den 1.9. herum durch DIE LINKE in Rostock verteilt. Wir wollen die Menschen zum Nachdenken bringen.

STELL DIR VOR, ES IST KRIEG ...

Wissen wir heute noch, was Krieg bedeutet? Vor genau 80 Jahren begann der Zweite Weltkrieg durch den Angriff des Deutschen Reiches auf Polen. Es folgten sechs Jahre unermesslichen Leids, totaler Zerstörung und von Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Schon früh erreichte der Krieg auch Rostock und hat bis heute sichtbare und unsichtbare – weil seelische – Spuren hinterlassen.

Heute leben in Rostock nur noch Wenige, die uns vom Krieg erzählen können, weil sie ihn als Augenzeugen erlebt haben. Wir leben im Frieden. Aber wie ist es in Syrien, im Jemen, in der Ukraine? Dort bedeutet Krieg für die Menschen Angst, Tod und zerstörte Zukunft. Wären wir weniger gleichgültig gegenüber diesem Leid, wenn wir noch wüsten, was Krieg für das eigene Leben bedeutet? Nehmen wir uns die Zeit, und denken darüber nach. **Setzen wir uns gemeinsam für eine friedliche Welt ein!**



In dieser
Ausgabe

Seite 2: AG Senioren
Seite 3: Klimapolitik
Seite 4: Kreisparteitag LRO
Seite 5: Agrarpolitik
Seite 6-7: Kreisparteitag HRO

Seite 8-9: Parteivorstand
Seite 10: Antifaschismus
Seite 11: Europapolitik
Seite 12: Neues Deutschland
Seite 14: Plattdeutsches

Liebe Leserinnen und Leser, die Sommerpause ist nun offiziell beendet. Wenn Ihr Euch gut informiert, wisst Ihr, dass DIE LINKE in dieser für sie schwierigen Zeit nicht untätig geblieben ist. Einige Vorschläge sind es wert, genauer betrachtet zu werden. So zum Beispiel unser Vorschlag für einen kostenfreien Nahverkehr für alle – nicht nur für Soldaten – ab dem Jahr 2025. Lest dazu die Seite 9.

Dass Soldaten in Uniform bald kostenlos Bahn fahren können, ist ohnehin ein unglaublicher Skandal. Andere Berufsgruppen hätten es viel mehr verdient, weil ihre Arbeit einen gesellschaftlichen Nutzen hat. Außerdem geht es AKK um die sichtbare Präsenz der Bundeswehr im öffentlichen Raum, um Nachwuchs zu gewinnen und um Zustimmung zu Militär-

einsätzen zu werben. Die Rostocker LINKE hat um den 1. September auch deswegen eine Postkartenaktion gestartet, um daran zu erinnern, was Krieg bedeutet. Das scheinen nämlich viele längst vergessen zu haben – 80 Jahre nach Beginn des 2. Weltkrieges. Vielen Dank an Wolfgang Methling für seinen Beitrag zur Frage: Welchen Stellenwert sollte Klimapolitik für die LINKE haben? Mit diesem Thema werden wir uns noch häufiger be-

schäftigen. Bei der Lektüre des aktuellen KLARTEXT werdet Ihr merken, dass sich das Thema Ökologie durch die ganze Ausgabe zieht.

Viel Vergnügen beim Lesen dieser Ausgabe unserer Mitgliederzeitung wünscht Euch die KLARTEXT-Redaktion. Carsten Penzlin



AKTUELLES

Irrer Online-Lehrer-Pranger der AfD: Landen Namen von Lehrer*innen auf rechten Feindeslisten?

Die AfD plant auch nun in Mecklenburg-Vorpommern, dass Schüler ihre Lehrer denunzieren sollen. Dazu will sie laut eigener Ankündigung einen Online-Lehrer-Pranger

einrichten, auf dem Lehrer „gemeldet“ werden können, die nicht das rassistische und völkisch-nationalistische Weltbild der Rechten teilen.

Hierzu macht die Landesvorsitzende Wenke Brüdgem deutlich: „Die AfD will an den Schulen ein Klima der Angst erzeugen. Sie schreckt nicht einmal davor zurück, Kinder für ihre Zwecke zu missbrauchen.“

Die Landesvorsitzenden der LINKEN warnen zudem vor einem Missbrauch der Daten von Betroffenen. „Die AfD steht, wie der Fall Nordkreuz zeigt, in enger Verbindung mit rechten Terrornetzwerken“, so der Landesvorsitzende Torsten Koplin. „Wir vermuten, dass Namen und weitere Daten auf internen Feindeslisten landen könnten und fordern den Landesdatenschutzbeauftragten auf, diesen Online-Pranger mit allen Mitteln des Rechtsstaats zu bekämpfen.“



AG Seniorenpolitik Rostock - Aktuell

Am 17. August eröffnet auf dem Kreisparteitag im Waldemar Hof ein Delegierter aus dem Stadtteilverband Südstadt die Generaldebatte. Genosse Hans Burmeister berichtet in seinem umfassenden Beitrag u. a. über die Vorhaben, die im Ergebnis der Kommunalwahl beschlossen wurden, wie z.B. die Durchführung des „Klubs der Gespräche“ im „Heizhaus“, um unsere Positionen stärker der Öffentlichkeit vertraut zu machen. Dabei informiert er auch über den guten Erfolg, die LINKE in Westmecklenburg (Warin) mit der Bildung einer Wählergemeinschaft erzielen. Es sind Erfahrungen, die im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik vermittelt wurden. Hans Burmeister ist selbst als langjähriges Mitglied in der AG aktiv und hat mit anderen erfahrenen Mitgliedern, wie Prof. Dr. Hellmann, Ilse Gotthardt, Heinz Papenhagen oder Hans-Joachim Joecks zu einer stabilen Arbeit der AG beigetragen. Inzwischen sind Vertreter einer jüngeren Generation dabei, sich in die zu übernehmenden Aufgaben einzuarbeiten bzw. sich den neuen Herausforderungen, etwa der geforderten Medienkompetenz und ihrer Vermittlung, zu stellen.

Wenn sich die AG-Mitglieder am 4. Sept. mit unserem MdL Karsten Kolbe zum Besuch der Landtagsfraktion begeben, werden „jüngere“ wie „Ältere“ SeniorInnen dabei sein. Es ist für sie zugleich eine Gelegenheit zum Austausch in Vorbereitung des Treffens der Bundesarbeitsgemeinschaft Senioren in Schwerin. Am 12.09. 2019 tauschen sich die Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaften über die Arbeit in ländlichen Räumen aus. Als LAG-Mitglieder des gastgebenden Landesverbandes stehen hier auch unsere Rostocker GenossInnen in einer besonderen Verantwortung.

Die AG Seniorenpolitik Rostock trifft sich zu ihrer nächsten Arbeitsberatung am 09.10. im Beratungsraum des KV Rostock, 09.30 Uhr, in der Kröpeliner Str. 24 (Eingang Rungestraße). Neben einer Auswertung des Bundes-Treffens vom 12. 09. in Schwerin wird es um Ideen für den Jahresplan 2020 gehen. Außer den AG-Mitgliedern sind hierzu auch interessierte Mitglieder aus den Basisorganisationen des KV Rostock sowie SympathisantInnen willkommen.

Klaus Röber

Sprecher der AG Seniorenpolitik Rostock

**DIE LINKE.
macht den
Unterschied.
Mach mit!**

DIE LINKE IN DER DEBATTE ZUM KLIMAWANDEL

Fortsetzung von S. 1

... (bis auf wenige Ausnahmen wohl nach wie vor) meint, mit umweltpolitischen Positionen gewinnen wir keine Wahlkämpfe. Diese Auffassung ist aber nach meinem Eindruck auch in großen Teilen unserer Mitgliedschaft verbreitet. Weil wir das seit Jahrzehnten so praktizieren, gewinnen wir damit auch keine Wahlkämpfe! Dabei hätten wir große Chancen zu demonstrieren, dass DIE LINKE eigentlich die konsequenteste ökologische Partei ist bzw. sein könnte.

Bereits 2002 forderte ich in einem ND-Leitartikel, aus Klimaschutz- und Ressourcenschutzgründen spätestens 2050 die Strom- und Wärmeversorgung 100% aus erneuerbaren Energien zu sichern. Das hielten die Genossen Gysi und Lafontaine für illusorisch. Heute wissen wir, dass es nicht nur nötig, sondern auch möglich ist. Auf einer Tagung der Ökologischen Plattform und der BAG Umwelt/Energie/Verkehr im September 2010 sprach ich über die Alleinstellungsmerkmale linker ökologischer Politik und stellte fest, dass die Alleinstellungsmerkmale weniger auf dem Politikfeld der Ökologie, des Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutzes, liegen, sondern mehr in deren Verknüpfung mit den Politikfeldern, die für die Umsetzung der ökologischen Positionen, für die Überwindung des kapitalistischen Systems, für das Beschreiten eines neuen, auch ökologischen Entwicklungspfades unverzichtbar und entscheidend sind. Diese Politikfelder sind vor allem zu finden in der konsequenten Kritik und Ablehnung der profitorientierten kapitalistischen Gesellschaftsordnung, der Friedensfrage, der Eigentumsfrage, der sozialen Frage, des Wirtschaftssystems (Regionalität, Dezentralität), der Wachstumsfrage, der Bildungsfrage und der Demokratiefrage (direkte und Wirtschaftsdemokratie).

In der aktuellen Debatte zum Klimawandel und zur Lösung der immer offensichtlicher werdenden Klimakrise ist die LINKE durchaus nicht stimmlos, sondern manchmal auch mit führenden Vertretern unserer Partei beteiligt. Die Bundestagsfraktion hat dazu regelmäßig Positionen formuliert und 2012 erstmals den „Plan B“ für eine zukunftsfähige Entwicklung vorgestellt. Vor allem unser Parteivorsitzender Bernd Riexinger hat dazu wichtige Beiträge geliefert, zuletzt am 28.6.2019 in dem Artikel „Das Klima, nicht den Kapitalismus retten“

gemeinsam mit Lorenz Gösta Beutin. Aber diese Positionierungen kommen kaum in der Öffentlichkeit, oftmals auch nicht in der Partei an. Es würde zu weit führen, wenn ich ausführlich aus ihrem Artikel zitiere, aber einige Passagen will ich doch wiedergeben, um zu zeigen, dass es der LINKEN nicht an richtigen und wichtigen politischen Beiträgen zur Klimadebatte mangelt:

- Die Bundesregierung streitet einzig und allein für ein gutes Börsenklima der Konzerne. Ihr Klimaschutzplan 2050 führt zu einer Verfehlung der Pariser Klimaschutzziele. Energiewirtschaft, Industrie, Automobilkonzerne, Gebäudewirtschaft und Landwirtschaft müssen radikal umsteuern, um auch nur in die Nähe dieser zu schwachen Klimaziele zu kommen. Dabei ist der Kohleausstieg nur ein kleiner Vorgeschmack auf den epochalen Abschied von Kohle, Öl und Gas in der gesamten Volkswirtschaft. DIE LINKE wird diesen Umbruchprozess sozial und ökologisch gestalten.

- LINKE Klimapolitik ist zugleich Sozial- und Friedenspolitik....Der zentrale Unterschied zu den anderen Parteien: die LINKE gibt in ihrer gesamten Wirtschafts- und Sozialpolitik – also auch jenseits der Klima- und Energiepolitik – mutige Antworten auf offene Fragen der Verteilung von Arbeit, Reichtum, Lebenschancen und Eigentum....LINKE Klimapolitik legt sich mit den mächtigsten Konzernen der Welt an, die alles daran setzen, um weiter an fossilen Turbo-Kapitalismus zu verdienen.

- Klimaschutz ist ein Kernthema der LINKEN. Die Klimakrise verschärft bestehende Ungerechtigkeiten....Die Klimakrise ist ein Brandbeschleuniger für Krieg, Flucht, Migration und Verteilungskonflikte. Die Klimakrise bedroht Artenvielfalt und natürliche Lebensgrundlagen von Mensch, Flora und Fauna....Als LINKE geben wir auf die großen Fragen des 21. Jahrhunderts glaubwürdige Antworten – und das jetzt!

- Sieben Projekte für linke Klimapolitik:

- 1. Energiewende beschleunigen, Energiekonzerne vergesellschaften, Energiearmut bekämpfen...*
- 2. Umsteuern für eine sozial-ökologische Mobilität der Zukunft...*
- 3. Wohnen bezahlbar für alle und ökologisch...*

- 4. Regionale Kreisläufe stärken, gute Nahrungsmittel für alle...*
- 5. Sozial-ökologische Innovation in Industrie und Handel, gute und sinnvolle Arbeit für alle, Demokratie in der Wirtschaft...*
- 6. Millionärssteuer für sozialen Klimaschutz und gerechte Übergänge...*
- 7. Klimagerechtigkeit als historische Verantwortung des Nordens, Bekämpfung der Fluchtursachen...*

Zusammenfassend kann ich feststellen, dass sich die LINKE durchaus aktiv und offensiv an der öffentlichen Debatte zum Klimawandel, seinen Ursachen und seiner Bekämpfung beteiligt. Das kommt jedoch in den von den Medien üblicherweise erfragten und verkürzten Antworten kaum oder nicht vor. Die Wahrnehmung der LINKEN als ökologische Partei wird nur gelingen, wenn langfristig die Zentralität der ökologischen Frage nicht nur im Parteiprogramm und in Wahlprogrammen postuliert wird, sondern von unseren Mitgliedern, vor allem von den führenden Vertretern der Partei auf allen Ebenen beständig als „Markenkern“ unserer Politik in die Öffentlichkeit getragen wird. Voraussetzung ist jedoch die eigene Überzeugung, dass man auch mit Umweltthemen Wahlen gewinnen kann, wenn man sie mit den entscheidenden Politikfeldern verbindet und langfristig zentral behandelt.

Prof. Wolfgang Methling



KREISPARTEITAG IM LANDKREIS ROSTOCK

Am Samstag den 24. August 2019 trafen wir uns trotz herrlichstem Sommerwetter in Broderstorf zur 2. Tagung des 4. Kreisparteitages *DIE LINKE* des Kreisverbandes Landkreis Rostock. Weil bei den Gesamtmitgliederversammlungen oft Regionen des Landkreises fehlen, wurden dieses Jahr wieder Kreisparteitage einberufen. Wir hatten die Hoffnung, dass über Delegierungen die Basisorganisationen wieder breit vertreten sind. Leider war dies nicht der Fall. Nicht vertreten waren die Genossinnen und Genossen aus Rerik, Neubukow und Bützow. Von 66 Delegierten waren nur 35 anwesend. Das muss wieder besser werden! Parteitage sollten alle Basisorganisationen als Auftrittsplattform für ihre innerparteilichen Interessen sowie zum Austausch und zur Diskussion wichtiger Themen nutzen.

Zu Beginn des Kreisparteitages wurde der Bericht des Kreisvorstandes von Christoph Küsters verlesen, da unser Kreisvorsitzender Peter Hörnig leider immer noch im Krankenstand ist. Wir wünschen ihm alle gute Besserung. Im Referat wurde allen Kandidaten und Mitgliedern der Partei, die sich aktiv während des Wahlkampfes zum Kreistag, zu den Gemeindevertretungen, zu Bürgermeisterwahlen und zur Wahl des Europäischen Parlaments einbrachten, gedankt.

DIE LINKE ist mit 11 Genossinnen und Genossen im Kreistag des Landkreises Rostock vertreten. Unsere Kreistagsfraktion stellt 6 Frauen. Wir haben 64 Mandatsträger und 29 sachkundige Bürger in den Gemeindevertretungen. Leider gibt es aber auch „wei-

ße Flecken“ ohne *DIE LINKE* in den Kommunalvertretungen Gnoien, Tessin, Rövershagen, Gelbensande und Thulendorf. Über Strukturveränderungen im Kreisverband wird nachgedacht. Statt in einer selten genutzten Geschäftsstelle, könnte man im angemieteten „Roten Salon“ in Güstrow zweimal wöchentlich Präsenz zeigen. In Güstrow wollen wir einen Ortsverband gründen und der Kreisgeschäftsführer Peter Georgi könnte sich vorstellen, seine Tätigkeit auch dem Kreisverband

Vorpommern –Rügen anzubieten. Im Wahlkampf klappte es bereits. Abgelehnt wird momentan ein Zusammengehen mit der Geschäftsstelle in Rostock.

Der Landesgeschäftsführer Sandro Smolka besuchte unseren Parteitag. Er übermittelte Grüße vom Landesvorstand und unse-



ren Landesvorsitzenden Wenke Brüdgam und Torsten Koplín. Sandro bedankte sich bei den aktiven Helfern zu den Wahlen. In seiner Rede nahm er Bezug auf die anstehenden Landtagswahlen in den Ländern Brandenburg und Sachsen und rief zur Unterstützung des Wahlkampfes in Thüringen auf. Sandro sprach die Forderung nach einem gut ausgebauten Öffentlichen Nahverkehr an, vor allem den Erhalt der Südbahn. Auch kritisierte er den verarmlosen Umgang des Innenministeriums mit den Listen von „Nordkreuz“, auf denen auch Mitglieder der *LINKE* stehen. Zu den Strukturveränderungen unserer Landespartei wird es in den Kreisvorständen im Zeitraum September bis Oktober Gespräche mit der Landesschatzmeisterin Genossin Gabriela Göwe geben, in welchen sie verschiedene Finanzierungs- und Beschäftigungsmodelle für unseren Landesverband in der Zu-

kunft vorstellt. Sandro sagte, dass es mit ihm als Geschäftsführer keine Entlassungen von Personal im Landesverband geben wird. Auch befristete Arbeitsverträge sollen verlängert werden. Unsere Fraktionsvorsitzende im Kreistage Karin Schmidt gab Informationen zur Zusammensetzung des neuen Kreistages und die Besetzung der Ausschüsse. Sie erläuterte die Überarbeitung der Hauptsatzung und nahm Bezug auf die neue Entschädigungsverordnung für Gemeindever-

treter und ehrenamtliche Bürgermeister. Kerstin Neuber berichtete über die Tätigkeit im Landesausschuss in den letzten zwei Jahren. Sie stellte kurz die Entwicklung der Mitgliederzahl im Landesverband dar und die sich daraus ergebenden Schwerpunkte zur Umstrukturierung sowie die dringende notwendige Umstellung der Finanzierung der Parteiarbeit. Am 17. Oktober 2019 wird der Landesausschuss außerordentlich tagen, um für den Landesparteitag Ende November in Kühlungsborn Vorschläge für die weitere Finanzierung der politischen Arbeit des Landesverbandes vorzubereiten. Das wird die letzte Aktion vor der Konstituierung des neuen Landesausschusses auf dem Landesparteitag, der dann als Hauptaufgabe die Vorbereitung der Landtags- und Bundestagswahl 2021 hat.

Gast unseres Parteitages war Genosse Dr. Harald Pätzolt, der Leiter der Bund-Länder-Koordination der Fraktion *DIE LINKE* im Bundestag. Er bewertete die Wahl zum Europäischen Parlament und kritisierte, dass *DIE LINKE* in Europa keine klare Agenda für die Zukunft hat und sich zu wenig mit der Europapolitik beschäftigt. Er wies auf die Unstimmigkeiten in der Europäischen Linken hin. Die Auftritte der Linken sind vage und unglaubwürdig. 1989 erhielten die Linken 5,4 % der Stimmen und 2019 waren es 5 %. Mit kleinen Schwankungen zwischen durch stagnieren wir. Die AFD ist neu im Europaparlament, die Grünen legten an Stimmen zu und die CDU und SPD verloren an Stimmen. Harald vermisst den Geist der Revolte, einer linken Revolte und will in Zukunft das gesellschaftlich Notwendige und das politisch Machbare mit vielen Genossinnen und Genossen diskutieren.

Peter Georgi gab eine kurze Bewertung der Ergebnisse der Kommunalwahl. In der abschließenden Diskussion wurden die aktuelle Weltpolitik, aber auch regionale Probleme, z. B. das Beenden der Schweineschlachtung in Teterow und Probleme in der Stadtvertretung Bad Doberan angesprochen. Es wurde bekräftigt, dass am 1. September der Weltfriedenstag mit dem Niederlegen eines Blumengebindes begangen wird. Nico Burmeister bereitet eine kleine Rede vor. Auf dem Kreisparteitag wählten wir unsere 2 Vertreter/Innen für den neuen Landesausschuss und die 10 Delegierten für den 7. Landesparteitag *DIE LINKE*.M-V.

Dr. Kerstin Neuber
Mitglied d. Kreisvorstandes



Kerstin Neuber und Prof. Sill

◀ AGRARPOLITIK

Erhalt der regionalen Schlachtkapazitäten

Wir, als Mitglieder der Landesarbeitsgemeinschaft „Agrarpolitik und ländliche Räume“ der Partei DIE LINKE, haben uns mit dem aktuellen Problem der Schlachtung von Schweinen, aber auch von Schafen und Ziegen beschäftigt. Die geplante Schließung der Schweineschlachtung im vom dänischen Konzern „Danish Crown“ betriebenen Schlachthof Teterow schafft für die Schweineproduzenten in Mecklenburg-Vorpommern eine existenzbedrohende Situation. Wir unterstützen die Forderung des Bauernverbandes Mecklenburg-Vorpommern e.V. und des Hybrid-Schweinezuchtverbandes Nordost auf Erhalt der Schlachtstrecke in der Region.

Eine Schließung der Schlachtkapazitäten in Teterow ist unweigerlich mit einer wesentlichen Erhöhung der Transportentfernungen zu Schlachthöfen in Brandenburg bzw. Sachsen-Anhalt verbunden. Das widerspricht allen Bemühungen um ein höheres Tierwohl. Außerdem wäre die regionale Verarbeitung und der regionale Handel in Frage gestellt. Wir fordern deshalb alle Beteiligten, Bauern, Züchter, Verarbeiter, Handel, die Politik und die Verbände, zum Dialog an einen „Runden Tisch“, um eine nachhaltige Entwicklung des in Mecklenburg-Vorpommern so wichtigen Produkti-

onszweiges zu sichern.

Es müssen schnelle Übergangslösungen und eine alle Seiten befriedigende Dauerlösung gefunden werden. In diesen Dialog sollten auch der Landesschaf- und Ziegenzuchtverband einbezogen werden, da auch hier Probleme mit der Schlachtung der Tiere auftreten werden. Die „kleinen“ Schlachtbetriebe sind nicht in der Lage, die großen Partien an Schweineschlachtungen zu übernehmen. Es ist Eile geboten, um Schaden von der Landwirtschaft und der Wertschöpfung im ländlichen Raum abzuwenden.

Prof. Dr. Fritz Tack, MdL a.D. und Mitglied des Kreistages
Peter Hörnig, Kreisvorsitzender DIE LINKE.
Landkreis Rostock

Dummerstorf, den 06. August 2019

Mehr Tierwohl sozial gerecht finanzieren

Die Bemühungen um mehr Tierwohl verbinden sich in jüngster Zeit mit der Diskussion um eine Erhöhung der Mehrwertsteuer von Fleisch und Fleischprodukten. Aus der Sicht der LINKEN trifft eine erhöhte Fleischsteuer besonders die sozial Benachteiligten. Das wäre in Mecklenburg-Vorpommern bei dem geringen mittleren

Einkommensniveau gravierend.

Wir stimmen mit den Bauern überein, die Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes ist ein ungeeignetes Instrument um das Tierwohl zu erhöhen. Die Steuern landen beim Staat in einen großen Topf. Bei den Produzenten kommt kaum etwas von den Mitteln an. Die Marktmacht von Schlacht- und Einzelhandelskonzernen wird nicht beendet. Wir stimmen der Bundestagsabgeordneten der LINKEN Kirsten Tackmann zu, die feststellt „...es wäre wichtig über ein Verbot von Werbung nachzudenken, damit Lebensmittel nicht zu Ramschpreisen verhöckert werden.“

DIE LINKE sieht in der Idee eines Öko-Bonus eine besondere Chance, um einen sozial gerechten und ökologisch wirksamen CO² - Preis zu verankern. Wir sind der Auffassung, dass gerade zu der Frage eines Fleischpreises und einer nachhaltigen Entwicklung der Landwirtschaft alle Beteiligten, einschließlich der Wissenschaft und Politik, an einen Tisch gehören. Es geht um Lösungen im Sinne der Landwirte sowie zur Bewältigung des Klimawandels. Es geht um eine nachhaltige, tiergerechte, sozialgerechte Gestaltung der gesamten Produktionskette und einen wirksamen Beitrag zum Klimaschutz.

Prof. Dr. Fritz Tack & Peter Hörnig
Dummerstorf, den 14. August 2019

AUS DER KREISTAGSFRAKTION

Ich möchte in diesem Beitrag die Tätigkeitsfelder unserer neu gewählten Kreistagsmitglieder sowie der Sachkundigen EinwohnerInnen vorstellen.

Prof. Dr. Wolfgang Methling, der seit der Kreisgebietsreform Mitglied des Präsidiums des Kreistages ist, wurde durch den neuen Kreistag zum 1. Stellvertreter des Kreistagspräsidenten gewählt. Außerdem ist er Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Landwirtschaft, Bau, Planung und Umwelt. **Karin Schmidt** wurde erneut zur Fraktionsvorsitzenden gewählt. **Birgit Schwebs** ist Stellvertretende Fraktionsvorsitzende. Beide vertreten die Fraktion im Kreisausschuss.

Dr. Erwin Kischel, der bereits in der vergangenen Legislatur Vorsitzender des Haushalts- und Finanzausschusses war, wurde mit den Stimmen aller Ausschussmitglieder wieder zum Ausschussvorsitzenden gewählt. Zudem ist er 2. Stellvertretender Vorsitzender im Eigenbetriebsausschuss.

MdL Karen Larisch ist Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Soziales und Gesundheit. Sie wurde zur 1. Stellvertreterin des Vorsitzenden gewählt.

Peter Georgi ist Mitglied im Rechnungs-

prüfungsausschuss und dort 1. Stellvertreter des Vorsitzenden. Außerdem vertritt er uns im Aufsichtsrat der Wirtschaftsförderung des Landkreises. **Lydia Fahed** arbeitet im Ausschuss für Bildung, Kultur und Jugend. **Prof. Dr. Fritz Tack** ist Mitglied im Aufsichtsrat rebus. **Barbara Kirchhainer** arbeitet im Wahlausschuss des Landkreises. **Hans Müller** wurde erneut Mitglied im Haushalts- und Finanzausschuss.

Dörte Schmidt wurde als unser Mitglied im Jugendhilfeausschuss benannt und **Birgit Schwebs** als ihre Stellvertreterin, allerdings findet die Wahl erst am 28. August statt, so dass ich das Ergebnis heute noch nicht kenne. Wir gehen allerdings davon aus, dass **Dörte** zur Vorsitzenden gewählt wird. Ähnlich verhält es sich mit unserer Nominierung von **Birgit Schwebs** für den Fachausschuss des Landkreistages, für den Jugend-, Schul- und Kulturausschuss. **Lydia Fahed** wurde als ihre Stellvertreterin benannt. Auch diese Vorschläge werden erst am 28.08.2019 vom Kreistag bestätigt. Und wenn dieser Kreistag unserem Vorschlag folgt, dann wird **Peter Georgi** Mitglied im ÖPNV-Beirat.

Die Kreistagsfraktion hat zur Unterstützung der Arbeit sachkundige GenossInnen und Freunde eingebunden, die für den Kreistag kandidierten. **Holger Lopens** ist

2. Stellvertreter des Vorsitzenden im Ausschuss für Bildung, Kultur und Jugend sowie Mitglied im Volkshochschulbeirat. **Dr. Peter Strauer** wurde 2. Stellvertreter des Vorsitzenden im Ausschuss für Wirtschaft, Landwirtschaft, Bau, Planung und Umwelt und Mitglied in der Verbandsversammlung Planungsverband Region Rostock. **Sven Sauer** vertritt uns gleichfalls im Planungsverband Region Rostock. **Manfred Schwarz** ist Mitglied im Aufsichtsrat VVV sowie der Gesellschafterversammlung der Bäderbahn Molln. **Peter Hörnig** vertritt die Fraktion in der Verbandsversammlung der Ostseesparkasse und **Norbert Tack** im OSPA -Verwaltungsrat. **Rodney Price** arbeitet im Ausschuss für Familie, Senioren, Soziales und Gesundheit und **Jenny Klein** im Eigenbetriebsausschuss.

Und wenn sich im Kreistag des Landkreises eine Mehrheit finden wird, die der Teilung des übergroßen Ausschusses, bei uns der „Große Ausschuss“ (Wirtschaft, Landwirtschaft, Bau, Planung, Umwelt) genannt, zustimmt, dann wird es einen Ausschuss für Umwelt und Landwirtschaft und einen weiteren für Wirtschaft, Bau und Planung geben und entsprechende Besetzungen. Und ich unterstütze die Fraktion in ihrer Arbeit geschäftsführend.

Adriane van Loh, Fraktionsgeschäftsführerin

KREISPARTEITAG IN ROSTOCK

Am 17. August kamen im Waldemar Hof Delegierte und wenige Gäste zum Kreisparteitag der Rostocker LINKEN zusammen. Auf der Tagesordnung standen die Auswertung des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse sowie die Wahlen der Mitglieder des Landesausschusses, der Delegierten zum Landesparteitag und eines Mitglieds des Kreisvorstandes.

Der Co-Kreisvorsitzende Carsten Penzlin zog für den Kreisvorstand der Kommunal- und OB-Wahlen. Am Beginn stand der Dank an die Kandidat*innen. Mit ihrem vorbildlichen Einsatz leisteten sie einen Beitrag dazu, dass DIE LINKE in Rostock stärkste kommunalpolitische Kraft bleibt und Steffen Bockhahn bei der OB-Wahl nur knapp den Wahlerfolg verfehlte. Das sind Erfolge, auf die wir stolz sein können. Mit guter Planung und einem effektiven Einsatz der personellen Ressourcen werden wir auch in den kommenden Jahren gute Wahlkampagnen fahren können.

Carsten verwies darauf, dass es im Wahlkampf kaum polarisierende Themen gab. Ein ehrlicher Blick auf die Finanzen der Stadt bereits vor der Wahl hätte die BUGA zu einem solchen Thema werden lassen können; wir erleben im August, dass wir in der Stadtgesellschaft angesichts drohender Haushaltsdefizite große Unterstützung für unsere ablehnende Haltung erfahren. Die Grünen, die im Wahlkampf eine Vielzahl teurer Projekte propagierten, hätten jetzt ein Problem.

Der Erfolg der Grünen, auch bei vielen linksorientierten Jungwählern, ist für uns eine große Herausforderung. Wenn wir das Thema Klimawandel nicht zu einem Schwerpunkt unserer Politik machen, kann das für die Linkspartei dramatische Folgen haben. (Siehe hierzu den Artikel auf S. 1)

Der Kreisvorsitzende betonte in seiner Rede, dass wir angesichts der Tatsache, bei einer Kommunalwahl erstmals unter 20 % der Stimmen bekommen zu haben, nicht in Jubel ausbrechen können. Aufgrund vieler externer Einflüsse (Schwäche der LINKEN auf Bundesebene, Grünen-Hype, Dominanz der Klimapolitik, Europawahl) sei es auf kommunaler Ebene kaum

möglich gewesen, den Negativtrend für unsere Partei umzukehren. Diese Deutung stieß beim Delegierten Holger Möller auf Widerspruch, der sich ein offensiveres Wahlprogramm gewünscht hätte, z.B. mit dem Wiederaufbau der Strandbahn.

Nun richten wir den Blick in die Zukunft. Die Rostocker LINKE könne Selbstbewusstsein aus dem Wahlergebnis ziehen, meinte der Kreisvorsitzende: „Wir hatten hervorragende Kandidatinnen und Kandidaten, wir haben



an der Basis im Kreisverband viele Menschen, die sich aufopfern für ihre Partei, und wir sind thematisch gut aufgestellt, wir genießen tatsächlich in der Bevölkerung ein hohes Ansehen und Vertrauen.“ Diese Stärke sollten wir in den kommenden Jahren auf allen Ebenen ausspielen (Bürgerschaft, Ortsbeiräte, außerparlamentarische Bewegungen) und dabei den Optimismus ausstrahlen, dass

eine bessere Gesellschaft möglich ist. Die ständigen und zerstörerischen Selbstzweifel sollten wir der SPD überlassen, prinzipienlosen Opportunismus den Grünen.

Wir gehen im Kreisverband weiter den Weg, junge Menschen, an die wir glauben, in die Parteiarbeit zu integrieren, in den Stadtteilverbänden, im Kreisvorstand, in der Bürgerschaftsfraktion, in den Ortsbeiräten. Wenn im Herbst die Ortsbeiräte neu bestimmt werden, wird DIE LINKE zwar weniger Mandate haben, aber wir sollten trotzdem versuchen, jungen Talenten eine Chance zur Mitarbeit zu geben, denn die Kommunalwahl hat gezeigt, dass die Wähler auch jungen, unbekanntem Kandidat*innen eine Chance geben; wir müssen dringend daran arbeiten, dass in den Stadtteilen diese jungen Menschen sich entwickeln können. Sie sind die Zukunft unseres Kreisverbandes, die Zukunft unserer Partei. Die jungen Mitglieder im Schulterschluss mit den erfahrenen Ge-

nossen und Genossen sollen sicherstellen, dass DIE LINKE stärkste kommunalpolitische Kraft bleibt. Und eine starke Linke in den Kommunen ist die beste Basis dafür, dass es auch im Land und im Bund wieder besser für uns läuft, erklärte der Kreisvorsitzende.

Eva-Maria Kröger, Co-Kreisvorsitzende und Fraktionschefin in der Bürgerschaft, informierte den Parteitag über die Konstituierung der Linksfraktion. Sie gratulierte zuallererst Regine Lück zu ihrer Wahl als Präsidentin der Bürgerschaft und dankte Wolfgang Nitzsche für seine fünfjährige Tätigkeit in dieser Position. Ein besonderer Dank ging auch an Andreas Engelmann, der viele Jahre den Stadtentwicklungsausschuss geleitet hatte. Den Vorsitz mussten wir nun an die Grünen abtreten. Linke Ausschussvorsitzende sind Lisa Kranig (Kultur), Karsten Kolbe (Schule, Sport) und Falco Schulz (Personal) (siehe auch Info über linke Ausschussmitglieder auf S. 8).

Eva skizzierte in ihrer Rede die aktuellen Herausforderungen für die linke Kommunalpolitik. Dominierendes Thema wird in den kommenden Monaten der Haushalt 2020/21 sein. Hart ging Eva mit dem scheidenden OB Methling ins Gericht. Es sei nicht zu verstehen, wie es plötzlich zu den drohenden Defiziten kommen konnte. Die Skepsis der LINKEN hinsichtlich der Finanzierbarkeit der BUGA hat sich leider bestätigt, so dass unsere Fraktion in der Bürgerschaft einen Stopp der Planungen fordert. Auf keinen Fall dürfe es im Senatsbereich vom Sozialsenator Steffen Bockhahn Kürzungen geben.

In der Generaldebatte gab es mal wieder nur wenige Beiträge. Sie waren aber sehr fundiert. Hans Burmeister forderte, junge Parteimitglieder noch besser in die Arbeit der Stadtteilverbände zu integrieren. Er wies zudem auf die Notwendigkeit der Verankerung unserer Partei in der Zivilgesellschaft hin. Das griff Brigitte Schneider auf. Nicht zum ersten Mal forderte sie, dass sich unsere Mitglieder in ihrem Wirkungsbereich (z.B. Vereine) stärker als LINKE zu erkennen geben sollten. Auch das Schreiben von Leserbriefen gehöre dazu. Holger Möller berichtete aus der Arbeit des Stadtteilverbandes Nordost an den Ausgabestellen der Tafel. Durch direkte Gespräche könnten dort Unterstützer unserer Partei (zurück)gewonnen werden. Holger forderte auch, die Mitglieder der Bürgerschaft und sachkundigen Einwohner stärker in die Basisarbeit einzubeziehen, wenn es sich thematisch anbiete.

Christian Albrecht verwies auf die Not-

wendigkeit, dass wir als LINKE in den kommenden Jahren Themen setzen müssen. Konkret könne dies im Bereich der Klimapolitik durch die Betonung des Sozialen geschehen. Lajos Orban informierte den Parteitag über den aktuellen Stand bei der Sammlungsbewegung „Aufstehen“, deren aktives Mitglied er ist. Bei „Aufstehen“ gibt es viele Probleme, aber viele Mitglieder sind noch aktiv, auch in Rostock. Carsten Penzlin unterstrich die Bereitschaft des Kreisvorstandes, gemeinsame Aktionen zu machen, so z.B. am 30. August zum Thema Mieten/Stadtentwicklung.

Zu Mitgliedern des Landesausschusses wurden gewählt: Elke Friedl, Nurgül Senli, Christopher Köhn, Carsten Penzlin. Jutta Reinders ist „Ersatzmitglied“. Zu Delegierten zum Landesparteitag wurden gewählt: Sarah Bobrowski, Margitta Donner, Elke Friedl, Eva Kröger, Regine Lück, Jutta Reinders, Nurgül Senli, Roswita Zeitel, Christian Albrecht, Hans-Jürgen Donner, Carsten Kolbe, Matthias Lesch, Lajos Orban, Carsten Penzlin, Falko Schulz und Sandro Smolka.

Für den frei gewordenen Platz im Kreisvorstand bewarb sich der 22-jährige Student der Politik- und Geschichtswissenschaften Malte Fuchs. Er ist im Jugendverband sehr aktiv, wo er Mut und Hoffnung, dass eine bessere Welt möglich sei, geschöpft habe. Malte wurde bei nur einer Gegenstimme gewählt.

Dank einer straffen Versammlungsleitung und dem disziplinierten Verhalten der Delegierten sowie durch einen Verzicht auf Grußworte und Gastbeiträge konnte der Parteitag drei Stunden früher als geplant beendet und die Anwesenden ins Wochenende entlassen werden.

Carsten Penzlin

DEMOKRATISCHER SOZIALISMUS

Am 1. September wurde in Sachsen und Brandenburg gewählt. Das Ergebnis ist Euch bekannt. Auf dem Kreisparteitag habe ich auf die Wahlkampagne der sächsischen LINKEN verwiesen, die im Wahlkampf offensiv über demokratischen Sozialismus sprach. Ich habe dies als Vorbild herausgestellt. Und nun?

Sollen wir den demokratischen Sozialismus als Ziel und ideologische Basis aufgeben, weil die Zeiten nicht so sind? Was wäre denn die Alternative? Ich sehe sie nicht. Der demokratische Sozialismus ist für DIE LINKE die große Chance, ihre Position im Parteiensystem für sich und die Wähler*innen zu bestimmen. Jeder muss wissen, wofür wir stehen und was uns von SPD und Grünen unterscheidet.

Die Debatte über den Mietendeckel in Berlin zeigt, dass DIE LINKE auch in Re-

gierungsverantwortung radikale Ideen entwickeln und damit gesellschaftlichen Debatten eine Richtung geben kann. Das ist auch bei anderen Themen möglich, wie der Vorschlag eines kostenlosen Nahverkehrs ab 2025 (s. S. 9) zeigt. Wir ziehen daraus Motivation für die Parteiarbeit, weil es nicht allein um die Verwaltung der kapitalistischen Missstände geht, sondern um Ideen für eine andere Gesellschaft. Wenn wir Begeisterung für diese Ziele ausstrahlen, können wir auch andere Menschen begeistern. Den Gegenwind durch die Medien halten wir aus und setzen eigene Informationsangebote dagegen.

Wenn wir bei den Menschen für den demokratischen Sozialismus werben, dann müssen wir aber auch erst mal selber wissen, was das ist. Geht es um die Verstaatlichung von Autokonzernen? Das wollen ja nicht mal jene, die dort arbeiten (Leiharbeiter ausgenommen). Geht es um realistische Ziele, insbesondere im Bereich der Daseinsvorsorge? Wohnungen am Markt entziehen, Mobilität für alle bezahlbar zu machen, Recht auf Arbeit, Privatisierungen verhindern bzw. rückgängig machen (von der Müllabfuhr bis zum Krankenhaus). Es wird wichtig sein, dass wir uns auf wenige, aber wichtige Ziele konzentrieren, die wir konsequent vorantreiben. In den vergangenen Jahren waren es die Themen Pflege und Wohnen – und hier tut sich etwas in der Gesellschaft. Jeder Wähler muss sehen, dass er konkret profitieren kann, wenn DIE LINKE die Möglichkeit hat, Politik zu gestalten.

Auch wenn wir uns inhaltlich von SPD und Grünen klar abgrenzen, müssen wir doch bündnis- und koalitionsfähig sein. Niemand wählt eine Partei, die mit Rechthaberei ewige Opposition betreibt und unfähig zu Kompromissen ist. Vielleicht erlebt Ihr selber in Gesprächen, wie sehr das Gegeneinander der Parteien die Menschen abstößt. Ein scharfes Profil in Verbindung mit Kompromissbereitschaft ist immer eine Gratwanderung. Erfolgreiche Kommunalpolitik, wie in Rostock, kann hier eine Lehrmeisterin sein.

Wir können uns also mit Alleinstellungsmerkmalen ein klares Profil erarbeiten. Wenn wir zu unseren Idealen stehen, kann das die Basis für Erfolge in der Zukunft sein. Die Zeiten ändern sich rasant, vielleicht schlägt das Pendel schon bald wie-

der in eine andere Richtung aus. Die AfD bleibt unsere Gegnerin, aber die Auseinandersetzung mit dieser Partei in den Landtagswahlkämpfen ist krachend gescheitert. Welche Lehren ziehen wir daraus im Hinblick auf die Wahlen 2021? Darüber müssen wir auch diskutieren.

Carsten Penzlin

Gründung einer AG Politische Bildung

Der Kreisvorstand Rostock initiiert die Bildung einer AG Politische Bildung und ruft zur Mitarbeit in dieser auf. Ziel der AG ist es, sich einen Überblick über das vielfältige Angebot an politischer Bildung zu verschaffen und den Mitgliedern des Kreisverbandes einen Zugang zu ausgewählten Angeboten zu ermöglichen. Das können sein: Zeitungs- und Zeitschriftenartikel, Blogs, Angebote aus Mediatheken (Videos, Podcasts), Informationen politischer Stiftungen (insbesondere die RLS), etc.

Die Mitglieder des Kreisverbandes werden 1-2 Mal im Monat über den Mailverteiler informiert („Bildungsmails“) und können sich Angebote herauspicken – abhängig von Interessen, Vorbildung, verfügbarer Zeit, etc. Die Angebote sollten durch die AG mit einer kurzen Bewertung/Zusammenfassung o.ä. versehen werden, damit sich die Genoss*innen orientieren können. Der Landesverband könnte dieses Angebot übernehmen.

Es soll zudem über Weiterbildungsangebote von Partei/RLS/Kommunalpolitisches Forum etc. sowie über Veranstaltungen in Rostock informiert werden, wobei nicht nur eigene Angebote (RLS, Partei) berücksichtigt werden sollen.

Eigene Veranstaltungen soll die AG nicht anbieten. Dies ist primär Aufgabe der RLS und der Kommission politische Bildung des Landesverbandes.

Die erste Sitzung der AG findet am 17.9. um 19 Uhr in der Geschäftsstelle statt. Wer an diesem Tag keine Zeit hat, kann sein Interesse an einer Mitarbeit an cpenzlin@web.de bekunden. Die Mitarbeit in der AG können sich die Mitglieder zeitlich frei einteilen. Die Kommunikation soll vor allem per E-Mail ablaufen.



◀ AUS DER ROSTOCKER BÜRGERSCHAFT

DIE VERTRETER*INNEN DER FRAKTION DIE LINKE.PARTEI IN DEN AUSSCHÜSSEN DER ROSTOCKER BÜRGERSCHAFT

Hauptausschuss: Eva-Maria Kröger, Wolfgang Nitzsche
Finanzausschuss: Jutta Reinders, Sandro Smolka
Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus: Eric Adelsberger, Carsten Penzlin
Bau- und Planungsausschuss: Helge Bothur, Kristin Schröder
Jugendhilfeausschuss: Phillip Bock, Steffen Ohm

Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung: Andreas Engelmann, Robert Kröger
Klinikausschuss: Wolfgang Nitzsche, Phillip Bock
Kulturausschuss: Lisa Kranig, Hannes Möller
Liegenschafts- und Vergabeausschuss: Robert Kröger, Sebastian Rohde
Rechnungsprüfungsausschuss: Olaf Groth, Phillip Bock
Ausschuss für Schule, Hochschule und Sport: Karsten Kolbe, Christian Albrecht
Ausschuss für Soziales, Ge-

sundheit und Migration: Jutta Reinders, Nurgül Senli
Personalausschuss: Falko Schulz, N. Senli



◀ PARTEIVORSTAND

EIN SOZIAL-ÖKOLOGISCHER GESELLSCHAFTS- VERTRAG FÜR ZUKUNFT UND GERECHTIGKEIT

**Beschluss des Geschäftsführenden
Parteivorstandes vom 26. August 2019**

Wir haben nur noch wenige Jahre, den Klimawandel zu stoppen. Für ein „weiter so“ ist es heute schon zu spät. Ohne massive Investitionen in die Energiewende, ökologische Infrastruktur und Innovationen wird es uns nicht gelingen, die Klimakatastrophe aufzuhalten.

Wir wehren uns dagegen, Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit gegeneinander auszuspielen, denn die Klimafrage ist eine soziale Frage: Es sind die Reichsten, die den größten Schaden anrichten und die Ärmsten die am schwersten betroffen sind. Eine sozial-ökologische Transformation muss dem Rechnung tragen.

Wir brauchen eine radikale Veränderung. Wir müssen Wirtschaft völlig neu denken. Dabei geht es darum, wie wir konsumieren, aber besonders auch darum, wie wir produzieren, Werte schaffen. Beides sind zutiefst soziale Fragen. Die Reichsten haben, statistisch gesehen, den größten ökologischen Fußabdruck. Die Produktion wird immer weiter auf Gewinnmaximierung getrimmt. Menschen und Umwelt bleiben auf der Strecke.

Diese Ungerechtigkeit wird sich fortsetzen: Wenn Nahrungsmittel, Wasser, Rohstoffe immer knapper werden, dann sind es die Armen, die gar keinen Zugang mehr haben und die Reichen, die sich von den Folgen Ihres Lebenswandels wieder einmal freikaufen können.

Was wir brauchen ist ein öko-sozialer Pakt, der Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen mitnimmt in einen Veränderungsprozess, der allen eine bessere Zukunft ermöglicht.

DIE LINKE schlägt einen solchen Pakt vor. Eine Reihe koordinierter Investitionsmaßnahmen, die den Ausstoß von Klimagasen massiv senken, die Wirtschaft ankurbeln und Arbeitsplätze sichern.

In die Zukunft investieren: Wann, wenn nicht jetzt?

Wir leben in einer Zeit, in der der Staat für jeden geliehenen Euro unter Berücksichtigung der Inflation nur rund 90 Cent zurückzahlen muss. Gleichzeitig droht der Wirtschaft eine Rezession. Wirtschaftsverbände rufen bereits verzweifelt nach staatlichen Investitionen und dem Ende der schwarzen Null. Dass die Menschen dringend mehr Investitionen in Bildung, Wohnungen, Gesundheit und Verkehrsmittel brauchen, ist bekannt. Das gleiche gilt für den Klimaschutz. Es ist klar, dass das auch volkswirtschaftlich sinnvoll ist. Also, wann, wenn nicht jetzt?

DIE LINKE fordert ein Investitionsprogramm von jährlich über 120 Milliarden Euro in die öffentliche Daseinsvorsorge und Infrastruktur sowie einen Zukunftsfonds für sozial-ökologische Konversion der Industrie in Höhe von 20 Milliarden/Jahr. Durch höhere Einnahmen aus Steuern und Sozialbeiträgen können diese Ausgaben mindestens zur Hälfte refinanziert werden. Volkswirtschaftlich machen sich Investitionen in die Infrastruktur ohnehin mehr als bezahlt.

- **Sozial gerechte und ökologische Mobilitätswende:** Wir haben einen Plan vorgelegt, den **Nahverkehr bis 2025 massiv auszubauen und für alle kostenfrei** zu machen. Fernzüge sollen auf möglichst vielen Strecken die günstigere Alternative

zum Fliegen werden. Die Kosten hierfür werden aus wegfallenden Subventionen für Diesel, Flugverkehr und aus anderen Quellen zum größten Teil bereits refinanziert.

- **Erneuerbare Energiewende: mit 10 Milliarden /Jahr** wollen wir den schnellen Ausbau erneuerbarer Energien fördern - in öffentlicher, kommunaler oder genossenschaftlicher Hand. Mit sozial gestaffelten Preisen und Grundkontingenten für eine Energieversorgung für alle.

- Es fehlt in allen großen Städten an **bezahlbarem Wohnraum**. Wir schaffen einen Neustart im sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau mit Investitionen über 10 Milliarden/Jahr (zur Hälfte durch Bund und Länder getragen) und ein Förderprogramm für sozial gerechte Modernisierungen (3 Mrd.). So können 250.000 bezahlbare Wohnungen in öffentlicher und genossenschaftlicher Hand pro Jahr geschaffen werden, ökologisch gebaut und energieeffizient.

- **Gute Pflege für alle. 140.000 Pflegekräfte mehr.** Es fehlt an Personal und Investitionsmitteln in den Krankenhäusern und Altenheimen. Privatisierte Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen wollen wir in nichtkommerzielle, öffentliche, gemeinnützige oder genossenschaftliche Trägerschaften überführen. In die Pflege wollen wir **13 Milliarden/Jahr** investieren.

- **Investieren in gute Bildung für alle. Mehr LehrerInnen und ErzieherInnen:** In der Bildung fehlen akut Investitionen in Schul- und Universitätsgebäude, Ausstattung und in mehr Personal. Investiert werden sollen **58 Milliarden** in den Ausbau von gebührenfreien Kitas mit mehr Personal und flächendeckender Ganztags-

betreuung, in Neubau und Sanierung von Schulen, mehr Studienplätze und neue Hörsäle.

- **Kommunen entlasten, benachteiligte Regionen fördern:** Mit **15 Milliarden/Jahr** wollen wir für handlungsfähige Kommunen und mehr öffentliche Investitionen in die kommunale Infrastruktur, mehr Personal u.a. in Bauverwaltungen, Arbeit- und Umweltschutz sorgen. Besonders im Osten besteht ein großer Investitionsstau.

- **Lokale Kreisläufe und Binnenwirtschaft stärken** statt Exportorientierung. Ein Beispiel: Public-Common Partnerships (PCP), denn Wirtschaften und Leben muss schließlich nicht dem Markt überlassen sein. Wenn die Menschen, die lokal konsumieren, auch in die Produktion und Verwaltung eingebunden sind, kommen wir auf demokratische Art und Weise dazu, dass nicht nur Profit im Zentrum steht.

- Wir wollen Zugang zu **schnellem Internet überall - mit Investitionen über 10 Milliarden**. Dabei muss mit den strukturschwachen und ländlichen Regionen begonnen werden.

Gerechter Wandel für alle - Zukunftsfonds für sinnvolle Arbeit in einer sozial-ökologischen Industrie

Durch den notwendigen Umbau werden unvermeidlich Arbeitsplätze wegfallen, während andernorts neue entstehen. Wir wollen diesen Prozess mit dem Recht auf kostenfreie Weiter-Qualifizierung und Umschulung fördern und in besonders betroffenen Regionen gezielt passende neue Betriebe ansiedeln. Dazu wollen wir auch die Berufs- und Hochschulen in die Pflicht nehmen. Sie müssen wieder Bildungseinrichtungen werden, in denen an kreativen Forschungen für die Probleme der Zukunft gearbeitet wird.

Das Ziel muss sein, zukunftsfähige Industrie-arbeitsplätze zu sichern durch einen konsequenten Umstieg auf co2-neutrale, rohstoff- und energiesparende Industrie-herstellung und Produkte. Es gibt keinen grundlegenden Gegensatz zwischen Klimaschutz und sozialer Sicherheit. Allerdings sind die Konzernführungen und Aktionäre nicht in der Lage, die sozial-ökologische Transformation voranzutreiben. Deshalb dürfen wir ihnen unsere Zukunft nicht überlassen. Stattdessen müssen wir mit einem Zukunftsfonds in gesellschaftlich sinnvolle Bereiche investieren.

DIE LINKE schlägt deshalb vor, einen kreditfinanzierten Zukunftsfonds aufzulegen der eben diese Transformation mit 20 Milliarden Euro pro Jahr vorantreibt. Auszahlungen aus diesem Fonds müssen an klare ökologische und soziale Vorgaben gebunden sein. Von der klimaschonenden Produktion bis zur Sicherung tariflich gebundener, fair entlohnter Stellen. Um die nachhaltige Durchsetzung der Ziele dieses Fonds zu unterstützen, sind die Hilfen nur

als öffentliche oder Belegschaftsbeteiligungen mit Einfluss auf die Geschäftspolitik zu gewähren.

Wie werden die notwendigen Investitionen finanziert?

Reiche Menschen und große Konzerne verursachen einen überproportional großen Teil der Klimaschäden, sie haben massiv von der zerstörerischen Ausbeutung der Ressourcen profitiert und waren vielfach sogar Gewinner in den ökonomischen Krisen. Es ist überfällig, dass sie angemessen an der Lösung beteiligt werden. Einige Bausteine unserer Finanzierungskonzepte genügen bereits zur Finanzierung der notwendigen Investitionen:

- **Vermögenssteuer: rd. 80 Mrd. Euro**
Wir besteuern Vermögen ab einer Million Euro mit fünf Prozent. Die erste Million bleibt von der Vermögensteuer freigestellt.

- **Körperschaftsteuer: rd. 35 Mrd. Euro**
Unternehmen werden wieder gerecht beteiligt und die Körperschaftsteuer auf 25 Prozent erhöht. Beispielsweise dürfen Managergehälter oberhalb von 500.000 Euro im Jahr nicht mehr als Betriebsausgaben steuerlich abgezogen werden.

- **Steuervollzug: rd. 15 Mrd. Euro**
Wir stellen sicher, dass Unternehmen und Konzerne sich nicht den Steuern entziehen. Steuerhinterziehung, Geldwäsche und Subventionsbetrug wollen wir wirksamer bekämpfen. Dafür wollen wir eine Bundesfinanzpolizei aufbauen.

- **Gemeindefinanzierungssteuer: rd. 15 Mrd. Euro**

Wir wandeln die bisherige Gewerbesteuer in eine Gemeindefinanzierungssteuer um. Dabei soll künftig jede selbständige nachhaltige Betätigung mit Gewinnabsicht im allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr, mit Ausnahme der Land- und Forstwirtschaft, in die Gewerbesteuer einbezogen werden. Bei natürlichen Personen und bei Personengesellschaften ist der Gewerbeertrag um einen Freibetrag in Höhe von 30.000 Euro zu kürzen.

Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg

Um es mal in Relation zu setzen: Die Europäische Union hat in der Weltfinanzkrise 2008 für die Rettung der Banken staatliche Beihilfen von 5,1 Billionen Euro genehmigt. Die direkten Kosten belaufen sich auf ca. 70 Milliarden und die Banken sind nicht „krisensicherer“ als vor der Krise. Das heißt: Die EU hat innerhalb weniger Woche Milliarden für ein Projekt zur Verfügung gestellt, dass an Kurzlebigkeit und Ineffizienz kaum zu übertreffen ist.

Wenn der politische Wille da ist, gibt es mehr als genug Geld für ein Projekt, das nachhaltig ist und das Leben der Menschen vor Ort verbessert. Das heißt, falls trotz ausgefeilter Finanzierungskonzepte eine Deckungslücke auftaucht: Klimaretter statt Bankenretter. Der Staat (und auch die EU) müssen ihre Aufgabe wahr-

nehmen und auch kommenden Generationen das Überleben ermöglichen.

DIE LINKE FORDERT KOSTENFREIEN ÖPNV AB 2025

In drei Phasen lässt sich der kostenfreie ÖPNV realistisch und gerecht finanziert flächendeckend verwirklichen:

Erste Phase (1 Jahr): Modellphase für zwei Jahre in 15 Städten und Ausbau der Infrastruktur

Gesundheitsschutz geht vor: Los geht es mit Modellprojekten für kostenfreien ÖPNV in den 15 Städten, die von besonders hoher Feinstaub- und CO2-Belastung betroffen sind. Sie erhalten vom Bund 90 Prozent Förderung für die Einführung eines kostenfreien ÖPNV. Das Personenbeförderungsgesetz wird dahingehend angepasst, dass auf kommunaler Ebene mehr unkonventionelle Projekte ausprobiert werden könnten und Kriterien „guter Arbeit“ und bessere Bezahlung aufgenommen werden. Die Modellprojekte werden wissenschaftlich begleitet. Im Folgejahr finden erste Evaluationen statt.

Investitionen von 8 Mrd. Euro jährlich in bundesweite Sofortmaßnahmen zum Ausbau und Verbesserung der Qualität der ökologischen Mobilitätsinfrastruktur von Bus und Bahn: Erhöhung der Taktzahlen, mehr Personal, Weiterqualifizierungsmaßnahmen und bessere Bezahlung, Verknüpfung mit intelligenter Mobilität (car-sharing etc.). Besondere Schwerpunkte sind dabei ländliche und strukturschwache Regionen sowie die Metropolregionen mit vielen PendlerInnen.

Bundes-Programm „Freie Fahrt für Kinder und Jugendliche in Bus und Bahn“. Alle Personen bis 18 Jahren, Schülerinnen und Schüler, Azubis und Hartz IV-Empfänger fahren ab Beginn der ersten Phase kostenfrei. Die Kosten übernimmt der Bund vollständig.

Zweite Phase (2 Jahre): Einführung des kostenfreien ÖPNV startet in möglichst vielen Kommunen

In den nächsten drei Jahren können die Kommunen eine zusätzliche ÖPNV-Abgabe erheben, die nicht höher als 60 Euro/Jahr liegen darf. Die Differenz zu den wegfallenden Einnahmen wird vom Bund durch ein Förderprogramm von 8 Milliarden/Jahr getragen.

Dritte Phase: Kostenfreier ÖPNV flächendeckend, für alle.

Das ist ohne weiteres sozial gerecht finanzierbar, wenn der politische Wille da ist.

Insgesamt belaufen sich die Kosten auf etwa 15 Milliarden Euro pro Jahr.

Der Bund übernimmt die erforderlichen 12 Milliarden Euro pro Jahr für flächendeckenden kostenfreien ÖPNV (Schätzung der Kosten durch Verband deutscher Verkehrsunternehmen VDV) und etwa 3 bis 6 Milliarden Euro pro Jahr für den weiteren Ausbau der ökologischen Mobilitätsinfrastruktur.

AUS DEM LANDTAG

NSU-Aufarbeitung im Schatten der Pogrome von Rostock-Lichtenhagen

Zur Sitzung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses (PUA) zur Aufklärung der Aktivitäten des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) in Mecklenburg-Vorpommern erklärt der Obmann der Linksfraktion, Peter Ritter:

„In diesen Tagen jährt sich das rassistische Pogrom von Rostock-Lichtenhagen zum 27. Mal. In den Augusttagen 1992 wurde deutlich, dass rechter Terror auch in Mecklenburg-Vorpommern zur bitteren Realität gehört. Aufgepeitscht durch den Applaus tausender ‚Schaulustiger‘ und toleriert durch die Untätigkeit der Polizei zündeten Neonazis das Sonnenblumenhaus im Rostocker Nordwesten an, in dem sich zahlreiche Menschen befanden. Das Pogrom von Rostock war ein Schlüsselmoment für die militante Neonazi-Szene. In dieser Zeit wurden die Mitglieder und Unterstützer des NSU-Netzwerkes sozialisiert. In dieser Zeit erfuhren die späteren Rechtsterroristen, dass die ungehemmte Gewalt auf der Straße durch die Politik honoriert wird. Knapp ein Jahr nach den rassistischen Ausschreitungen schaffte die Bundesregierung mit den Stimmen der SPD das Recht auf Asyl de facto ab.

Für den PUA beginnt mit dem Pogrom von Rostock-Lichtenhagen die Untersuchungsarbeit zur staatlichen Mitverantwortung an rechten Gewaltexzessen, die in den Morden des NSU gipfelten. Der kommunal verwaltete Jugendclub MAX im Stadtteil Groß-Klein spielt dabei eine besonders unrühmliche Rolle. Von hier aus wurden bereits 1992 Jugendliche zum Sonnenblumenhaus mobilisiert. Hier wurden rechte Umtriebe unter den Augen der Sozialarbeiter soweit geduldet, dass sich der Club als Treffpunkt der Mecklenburger ‚Blood & Honour‘-Sektion etablierte. Wer an Rostock-Lichtenhagen erinnert, muss also auch die Aufklärungsarbeit im NSU-PUA ernsthaft betreiben.

Unseren Anträgen folgend hat der Ausschuss in der heutigen Sitzung eine Vielzahl an Zeugenladungen beschlossen. Wir werden aller Voraussicht nach schon im September damit beginnen, Polizeibeamte zu vernehmen, die am 25. Februar 2004 am Tatort eingesetzt waren und die ersten Ermittlungsschritte einleiteten. Der Ausschuss wird aber auch jene Ermittler befragen, die die Untersuchungen zum Mord an Mehmet Turgut bis zur Selbstenttarnung des NSU im November 2011 leiteten.

Mit den Zeugenvernehmungen tauchen wir endlich in den eigentlichen Kernbereich unserer Arbeit ein.

Der Ausschuss hat zudem beschlossen, weitere Akten beizuziehen, um sich eine entsprechende Grundlage für künftige Untersuchungen aufzubauen. So verlangen wir die Unterlagen aus dem hiesigen Innenministerium zu einer möglichen V-Person. Diese könnten Aufschluss darüber geben, was der Verfassungsschutz über den Aufenthaltsort des NSU-Kerntrios wusste – noch bevor die ersten Morde stattfanden. Wir erwarten in diesem Zusammenhang auch ein Umdenken im Innenministerium. Anstatt Akten über alle Maßen zu schwärzen oder sie dem Ausschuss ganz vorzuenthalten, sollte es auch im Interesse des Geheimdienstes sein, die Beweisbeschlüsse des PUA vollumfänglich zu erfüllen.“

Pressemitteilung



Umgang des Innenministeriums mit „Feindesliste“ des Nordkreuz-Netzwerks ist untragbar

Zur Antwort auf seine Kleine Anfrage „„Feindesliste“ der mutmaßlich rechtsterroristischen Gruppierung „Nordkreuz““ (Drs. 7/3839) erklärt der innenpolitische Sprecher der Linksfraktion, Peter Ritter:

„Keine Gefährdungsaspekte – so liest man es in der Antwort auf die Kleine Anfrage. So lese ich es im Schreiben des LKA an mich, so wie es viele andere gegenwärtig auch lesen. Angesichts jüngster Ereignisse wie der Mord an Walter Lübcke, der Bom-

bedrohung gegen die Parteizentrale der LINKEN in Berlin oder der Sprengstoffanschlag gegen eine Stadträtin der LINKEN in Zittau fällt es nicht nur mir schwer daran zu glauben, dass es keine Gefährdungsaspekte gibt.

Auch wenn zu würdigen ist, dass nunmehr 1200 Betroffene einen Brief vom LKA erhalten, kann man die bisherige Informationspolitik des Innenministers zu den Listensammlungen von ‚Nordkreuz‘ nur als schlechten Scherz oder als völliges Desaster bezeichnen.

Bereits neun Tage nach den ersten Durchsuchungsmaßnahmen im August 2017 erhielten die zuständigen Landesbehörden Kenntnis von einer umfangreichen Sammlung personenbezogener Daten zu möglichen Gegnerinnen und Gegnern der mutmaßlichen Rechtsterroristen. Noch am selben Tag regte das BKA an, die betroffenen Personen zu kontaktieren. Doch was ist in den knapp zwei Jahren seitens der Landesbehörden geschehen? Nichts!

Es ist ein absoluter Skandal, dass einer der Tatverdächtigen offenbar behördeninterne Informationssysteme nutzte, um die Zielpersonen weiter auszuforschen. Doch für den Innenminister war selbst dies kein Grund, die Personen, die ins Fadenkreuz der ‚Nordkreuzler‘ geraten sind, zu informieren. Stattdessen ging er in die Gegenoffensive und sprach jüngst von ‚unzutreffenden Bewertungen‘, die sowohl in der Presse als auch im politischen Raum Widerhall fänden.

Seit 2017 wird die Causa ‚Nordkreuz‘ im Innenministerium systematisch verharmlost und auf Zeit gespielt. Dies hat nicht erst die Einrichtung der so genannten Prepper-Kommission verdeutlicht, die bis heute dem Landtag keinen Bericht vorgelegt hat. Es geht hier auch nicht um ‚das (reine) Sammeln von Informationen zu politisch anders Denkenden‘, die im Bereich der politischen Auseinandersetzung nicht unüblich sei, wie es in der Antwort auf meine Kleine Anfrage heißt. Es geht hier um ein mutmaßlich rechtsterroristisches Netzwerk, um hochausgebildete Polizisten und Waffenträger, um den Missbrauch dienstlicher Mittel zur Ausforschung politisch missliebiger Menschen, um konkrete Mordphantasien, um zehntausende Schuss Munition, Leichensäcke und Löschkalk. Und in der Konsequenz muss es mittlerweile auch um die politische Verantwortungsübernahme gehen.“

Pressemitteilung

◀ EUROPAPOLITIK

DIE NEUNTE WAHLPERIODE HAT BEGONNEN

Am 2. Juli hat das neu gewählte Europäische Parlament (EP) seine Arbeit aufgenommen. 751 Europa-Abgeordnete aus 190 nationalen Parteien und 28 Mitgliedstaaten sind für fünf Jahre gewählt. Aus Deutschland kommen 96 Abgeordnete. Der Anteil neuer Mitglieder im EP ist mit 61 Prozent höher als je zuvor. Auch der Anteil weiblicher Abgeordneter ist von 37% im Jahr 2014 auf 41% angestiegen. Die jüngste Abgeordnete ist Kira Marie Peter-Hansen aus Dänemark (21), der älteste Silvio Berlusconi aus Italien (82). Das Durchschnittsalter der Abgeordneten liegt bei 49,5 Jahren. Ganze 13% der neuen Abgeordneten haben noch keine bis wenig politische Erfahrung, die meisten davon kommen aus Südeuropa und sind nun in der Fraktion der Liberalen. Ein Drittel aller Abgeordneten haben einen akademischen Hintergrund, z. B. als Professor*in oder Wissenschaftler*in, 15% sind Jurist*in, 12% Journalist*in und 11% Unternehmer*in. Parlamentsgruppen rechts der Mitte haben mehr Unternehmer*innen und Jurist*innen in ihren Reihen, Gruppen links der Mitte mehr Ingenieur*innen, Naturwissenschaftler*innen und Sozialwissenschaftler*innen, die stärkste Vertretung von Abgeordneten mit geistes- und sozialwissenschaftlichem Hintergrund findet sich innerhalb der linken Fraktion. Und auch Aktivist*innen und NGO-Mitglieder finden sich mit einem der größten Anteile in dieser Fraktion.

Die erste Sitzung

Zur konstituierenden Sitzung haben sich sieben Fraktionen gebildet - eine weniger als in der vorherigen Periode. Zur Bildung einer Fraktion braucht es mindestens 25 Abgeordnete aus mindestens sieben verschiedenen Mitgliedstaaten. Alle Abgeordneten, die keiner Fraktion beigetreten sind, werden als fraktionslos geführt. Sie können sich aber jederzeit einer Fraktion anschließen.

Die beiden größten Fraktionen sind, wie schon zuvor, die Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP, 182 Sitze; CDU/CSU) und die Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten (S&D, 154 Sitze; SPD). Drittstärkste Fraktion ist die Fraktion Renew Europe (RE, ehemals ALDE, 108 Sitze; FDP). Die Grünen (Grüne/EFA) sind mit 74 Sitzen vertreten, die Fraktion Identität und Demokratie (ID, ehemals ENF; AfD) mit 73 Sitzen, die Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten (EKR) mit 62 und die Linken (GUE/NGL) mit 41. Nicht fraktionsgebunden sind bislang 57 Abgeordnete.

David Sassoli zum Parlamentspräsidenten gewählt

In der konstituierenden Sitzung haben die Abgeordneten David Sassoli (S&D) zum neuen Präsidenten des EP gewählt. Der 63-jährige Italiener und ehemalige TV-Journalist ist seit 2009 im EP. Er wird dem Parlament bis Januar 2022 vorsitzen. Am selben Tag haben die Abgeordneten

auch alle vierzehn Vizepräsident*innen und die fünf Quästor*innen des EP gewählt. Drei der Vizepräsident*innen kommen aus Deutschland: Rainer Wieland (CDU/EVP), Katarina Barley (SPD/S&D) und Nicola Beer (FDP/RE). Die Vizepräsident*innen bilden zusammen mit dem Präsidenten und den Quästor*innen das Präsidium des EP.

Die Ausschüsse: Größe und Zusammensetzung

Das neue Parlament hat auch die zahlenmäßige Zusammensetzung der zwanzig parlamentarischen Ausschüsse und zwei Unterausschüsse festgelegt sowie die Mitgliederlisten für die Ausschüsse angenommen. Die politische Zusammensetzung des EP ist in jedem Ausschuss repräsentiert. In den Ausschüssen wird ein großer Teil der gesetzgeberischen Arbeit geleistet. Helmut Scholz (DIE LINKE), erneut Ansprechpartner für Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern im EP, ist wieder im Ausschuss für Internationalen Handel und als stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Konstitutionelle Fragen tätig. Er ist ferner in den Delegationen zu USA, Belarus, Moldau, den Ländern der östlichen Partnerschaft sowie stellvertretend in der China-Delegation Mitglied. Parlamentarische Delegationen pflegen und halten den Kontakt des EP zu anderen Staaten.

Felix Thier, Büro Scholz

◀ FÜRSTENENTEIGNUNG

Petition „Keine Geschenke den Hohenzollern“

Die Hohenzollern haben von der öffentlichen Hand Tausende Kunstwerke verlangt, welche die Krone bis 1918 als ihr Eigentum ansah. Sie verlangten außerdem ein Wohnungsrecht im Schloss Cecilienhof, in Schloss Lindstedt oder in der Villa Liegnitz, alle in Potsdam gelegen.

DIE LINKE wendet sich an den Bundestag und die Landesparlamente von Berlin und Brandenburg und fordert die Abgeordneten auf,

- keine Verfälschung der historischen Realität zuzulassen und die

Ablehnung von Entschädigungen mit der unwiderlegbaren Verstrickung der Hohenzollern mit dem Naziregime zu begründen,
- alle Forderungen aus dem ehemaligen

Haus Hohenzollern nach Herausgabe von Kunstwerken und Ausstellungsstücken aus den öffentlichen Museen abzulehnen,
- den Erben der Hohenzollern-Dynastie

keine Liegenschaften, Grundstücke, Seen oder Wälder zu übertragen, sondern diese in öffentlichem Besitz zu erhalten.

<https://www.die-linke.de/mitmachen/linksaktiv/keine-geschenke-den-hohenzollern/>

**Keine Geschenke
den Hohenzollern!
DIE LINKE.**

OHNE ABOS KEINE GEGENÖFFENTLICHKEIT

In letzter Zeit haben alle Mitglieder der Partei `DIE LINKE` ein dickes Paket in ihrem Briefkasten gefunden. Darin die Mitgliederzeitschrift `Disput` und ein Exemplar von nd.DieWoche. In einem gemeinsamen Brief bitten Parteivorstand und `nd`, mit Abos die Zukunft beider Publikationen zu unterstützen. Chefredakteur Wolfgang Hübner und Geschäftsführer Matthias Schindler von `nd` nehmen hierzu Stellung.

Frage: Was hat Euch zu dieser gemeinsamen Aktion veranlasst?

Matthias: Die Geschichte von `nd` ist eng mit der Partei `DIE LINKE.` verbunden. In den letzten Jahren hat sich deren Mitgliederstruktur spürbar verändert. Die Linkspartei ist jünger und bunter geworden. Sie verteilt sich über die gesamte Bundesrepublik. Diese Mitglieder suchen nach Informationen, Analysen und Bewertungen gesellschaftlicher Entwicklungen. Wir waren der Meinung, dass es vor diesem Hintergrund sinnvoll ist, `nd` als Teil der linken Gegenöffentlichkeit noch einmal vorzustellen.

Frage: Nun haben sich Dynamik und Möglichkeiten der Informationsbeschaffung deutlich verändert. Die gedruckte Zeitung, für die immer höhere Preise bezahlt werden müssen, ist in der Krise. Da packt ihr 32 Seiten gedruckte Worte und Bilder in einen Briefumschlag und hofft auf Resonanz?

Wolfgang: nd.DieWoche haben wir im Oktober 2018 als Reaktion auf das veränderte Leseverhalten herausgebracht. Das Wochenende bietet mehr Zeit für ausführliche

Lektüre. Die Resonanz darauf war positiv. Diese Entwicklung hält bis heute an. Deshalb haben wir die Wochenendausgabe ausgewählt. Außerdem ist nd.DieWoche exemplarisch für die Themenvielfalt und den Journalismus von `nd` sowie seine Präsentation.

Frage: Trotzdem habt ihr gleich eine Hürde eingebaut. Wer mehr lesen will, muss sich anmelden und auch bezahlen. Warum habt ihr das Ganze nicht kostenfrei gemacht?

Matthias: Ganz einfach, Produktion und Zustellung einer Zeitung – ob gedruckt oder digital – kosten Geld. Da `nd` sich ausschließlich aus Verkaufserlösen finanziert, hängt seine Existenz eben davon ab, dass es nicht nur gelesen, sondern auch bezahlt wird. Darauf wollen wir von Anfang an aufmerksam machen. Wir haben jedoch für die Mitglieder ein spezielles Angebot entwickelt. 10 Wochen lang erhalten sie nd.DieWoche am Wochenende gedruckt und täglich die 5 wichtigsten Artikel als nd.kompakt digital. So können sie die Vielfalt von `nd` entdecken und am Ende entscheiden, ob und wie es weitergeht.

Frage: Bedeutet das dann eine Entscheidung für täglich Gedrucktes im Briefkasten?

Matthias: Das wäre eine Variante. Die Mehrzahl unserer langjährigen Leser_innen liest die Zeitung auch noch so. Aber wir reagieren auf veränderte Lesegewohnheiten und die finanziellen Möglichkeiten. Wir wissen auch, dass die gedruckte Zeitung nicht überall früh zugestellt werden kann. Deshalb bauen wir digitale Angebote aus.

Frage: Also eine größere Vielfalt der Bezugsmöglichkeiten?

Wolfgang: Neben nd.DieWoche sonntags veröffentlichen wir „neues deutschland“ nach wie vor an den Wochentagen. Komplett wird das Paket mit der Wirtschaftszeitung „OXI“ jeden vierten Sonntagabend und mit dem digitalen sogenannten Leftstyle-Magazin „supernova“.

Frage: `nd` versteht sich als unabhängige Tageszeitung. Wie ist das Verhältnis zur Partei `DIE LINKE`?

Wolfgang: Ja, wir sind eine unabhängige Redaktion, stehen aber als linkes Blatt der Linkspartei politisch nahe. Das heißt Berichterstattung, Aufgreifen von Themen und Debatten sowie kritische Begleitung. Das ist nicht immer einfach, wenn man sich die Vielfalt der unterschiedlichen Positionen innerhalb der gesellschaftlichen Linken ansieht. Und es ist auch so, dass wir als Zeitung bemüht sind, eine möglichst große Bandbreite aktueller gesellschaftlicher und internationaler Entwicklungen abzubilden, zu informieren, zu analysieren und diese einzuordnen. In diesem Sinn leistet `nd` seit 1990 einen wichtigen aufklärerischen Beitrag zu einer linken, sozialen, solidarischen Gegenöffentlichkeit.

Matthias: Damit das so bleiben kann, haben wir uns an die Mitglieder der `DIE LINKE` mit unserem Angebot zum Abonnement gewandt und hoffen, dass es angenommen wird. In diesem Sinn freuen wir uns über Rückmeldungen, ob als Probeabo oder in anderer Form.

Küstenlotterie Mecklenburg-Vorpommern – Pilotprojekt zur Reduktion von Plastikmüll an unseren Stränden

Jedes Jahr landen acht Millionen Tonnen Plastikmüll in den Ozeanen. Es wird davon ausgegangen, dass sich die Mengen bis 2030 verdoppeln und sich bis zum Jahr 2050 sogar vervierfachen werden. Meeressmüll tötet weltweit mehr als eine Million Seevögel, hunderttausende Meeressäuger und eine unbekannte Anzahl von Fischen.

Kunststoff ist besonders problematisch, weil er sehr langsam zerfällt und in Mikroplastik zersplittern kann. Berichte über Plastikmüll in unseren Ozeanen klingen immer ziemlich weit weg.

Doch sind die Probleme mit den Unmengen von Plastikmüll nicht nur in den tropischen Ozeanen zu finden, sondern auch hier in Mecklenburg-Vorpommern längst Realität. Durch das „Strandmüll-Spülsaummonitoring M-V“ wissen wir, dass an unseren Stränden ein Plastikmüllproblem besteht.

Auch wenn der sichtbare Teil des Plastikmülls nur die Spitze des Eisbergs ist, kann und muss an dieser Stelle mehr für den Schutz der Ostsee, der Meeresbewohner, der Küsten und Strände getan werden. Natürlich ist das Projekt nur ein Teil, der zum Erfolg im Kampf gegen den Plastikmüll führt.

Hier sind alle gefragt. Auch Unternehmen und die öffentliche Verwaltung. Unsere Fraktion hat sich mit dem Thema intensiv auseinandergesetzt und Beschlüsse gefasst, wie wir selbst in unserer täglichen Arbeit Plastikmüll vermeiden können.

ROTFEDER UND DIE REHABILITATION DER DDR-KUNST

In der Ausgabe des SPIEGEL-online vom 23. August 2019 fragte Ulrike Knöfel, wenn auch nur exklusiv für Abonnenten, ob die gegenwärtig gezeigte Ausstellung im Düsseldorfer Museum Kunstpalast, für die der Bundespräsident die Schirmherrschaft übernommen hatte, die DDR-Kunst zu Recht rehabilitiere.

Die dortige Ausstellung „UTOPIE UND UNTERGANG. KUNST IN DER DDR“ beweise, dass die Malerei der DDR doch überraschender war als ihr Ruf. 30 Jahre nach dem Fall der Mauer widmet sich nun auch der Kunstpalast mit dieser großen Ausstellung der Kunst aus der DDR. Mehr als 130 Gemälde und Arbeiten auf Papier von 13 unterschiedlichen Künstlerinnen und Künstlern verdeutlichen eine spannungsreiche, oft widersprüchliche Kunstepoche. Bis 1990 wurde Kunst aus der DDR in der Bundesrepublik häufig gezeigt. In den letzten Jahrzehnten hatte das Publikum im Westen jedoch selten die Chance, die Werke im Original zu sehen. Diesem Trend entgegen hat sich die Rostocker Kunsthalle unter Dr. Jörg-Uwe Neumann verdient gemacht, indem sie immer wieder sehenswerte Ausstellungen auch von DDR-Kunst gestaltet hat, auch wenn sie dafür von BILD & Co diffamiert wurde.

Zur Zeit sind in unserer Kunsthalle wieder

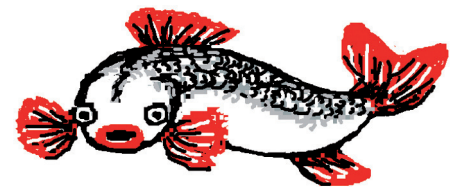
zwei solche wegweisende Präsentationen zu erleben: Da ist zum einen im neuen Schaudepot „Kunsthalle Rostock 69/19 - Ein halbes Jahrhundert für die Kunst“ zu sehen. Diese Jubiläumsausstellung beleuchtet Facetten, Erfolge und Brüche der Kunsthallengeschichte. In Dekaden gegliedert, werden ausgewählte Kunstwerke, Kommentare von Zeitgenossen sowie die Katalog- und Plakatproduktionen gezeigt. Andererseits ist im Hauptgebäude noch bis zum 13. Oktober die Ausstellung „Palast der Republik - Utopie, Inspiration, Politikum“ zu sehen. Darin wird an den durch politisch gewollte Bilderstürmerei vernichteten wohl bekanntesten Kulturbau der DDR erinnert. Errichtet zwischen 1973 und 1976 auf dem Gelände des ehemaligen Berliner Stadtschlosses, war der Palast der Republik das Regierungsgebäude der DDR mit dem Sitz der Volkskammer und zugleich öffentliches Kulturhaus mit einer Vielzahl von Veranstaltungsräumen und gastronomischen Angeboten. Täglich fanden hier Veranstaltungen im Großen Saal, den Restaurants, der Disko im Jugendtreff, dem Theater und dem Spreebowling statt. Die Ausstellung erinnert vielfältig an das verschwundene Gebäude und ermöglicht eine gemeinschaftliche Erinnerung an den Palast der Republik. Staatstragende Kunst

wird derjenigen gegenübergestellt, die statische Entscheidungen kritisch in Frage stellt und stellt. Weiterhin sieht man in der Ausstellung Werke, die während der Bau- und Nutzungszeit des Palastes entstanden und die die Bedeutung des Gebäudes im kulturellen Leben der DDR und Ost-Berlins künstlerisch spiegeln. Ein dritter Teil der Ausstellung setzt sich mit dem Abriss des Gebäudes auseinander. Auch die Ausstattung des Palastes wird durch historische Einrichtungsgegenstände erlebbar.

Begleitet wird die Ausstellung von einer Vielzahl ganz unterschiedlicher Rahmenprogramme wie thematische Führungen, Flohmärkte, Diskotheken, Vorträge und Diskussionen.

Alle Künstlerinnen und Künstler, auch die im Osten, gingen und gehen sehr unterschiedliche, immer aber eigenständige Wege - zwischen Rebellion und Anpassung, zwischen Utopie und Untergang.

Das meint eure Rotfeder



◀ AUS DEM LANDESVERBAND

DIE LINKE will
Aufforstungsprogramm des
Landes

DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern will ein massives Aufforstungsprogramm für das Land. Gegenwärtig besitzt Mecklenburg-Vorpommern lediglich eine Waldfläche von etwa 588.000 Hektar und rangiert damit bundesweit an vorletzter Stelle. Die Wälder sind zudem häufig nicht miteinander verbunden. Es gibt rund 22.000 Waldinseln. Durch Witterungsextreme sind die Bestände beeinträchtigt. Jüngste Waldbrände, wie bei Lübbtheen oder Peenemünde haben noch dazu an die 1.000 Hektar Wald vernichtet bzw. stark beschädigt.

DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern will,

dass in den nächsten Jahren für jede Einwohnerin, für jeden Einwohner ein Baum gepflanzt wird, mithin ca. 1,6 Millionen neue Bäume. Sie setzt dabei auf ein gezieltes Zusammenwirken von zivilgesellschaftlichem Engagement und behördlichem Handeln. Die benötigten finanziellen Mittel sollen von Bund, Land und über Spenden bereitgestellt werden.

„Waldbestände sind für Menschen und Tiere von existenzieller Bedeutung. Wälder erfüllen ökologische, soziale und kulturelle Funktionen. Die jährlichen Verjüngungen der Wälder und der Umbau zu standortgerechten Mischwäldern im Umfang von 800 Hektar, also 0,14 Prozent unserer Waldfläche reichen bei weitem nicht aus, wenn wir unsere Baumbestände nachhaltig entwickeln wollen.“, so die Co-Landesvorsitzen-

de, Wenke Brüdgam.

„Die Wissenschaftler der ETH Zürich haben jüngst sehr einleuchtend bewiesen, dass wir mit einer massiven Aufforstung die bedrohliche Klimaerwärmung stoppen können. Nur abstrakt darüber reden und fabulieren, man müsse etwas tun, geht gar nicht. Es ist höchste Zeit, selbst aktiv zu werden. Wir müssen handeln und tatkräftig ein nachhaltiges Aufforstungsprogramm auf den Weg bringen und dann auch umsetzen.“, erklärt der Co-Landesvorsitzende, Torsten Koplín.

DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern werde sich selbst an geplanten Baumpflanzaktionen, wie etwa im Herbst auf Rügen beteiligen und eigene Baumpflanzaktionen in Abstimmung mit der Landesforst initiieren.

KURT KAISER: BRINCKMANS

Wenn de Nam Brinckman in de Kulturszene updükert, denk ick an John Binckman, denn berühmten Rostocker Poeten un Geschichtenschriewer, an sien Vogel Grip un „Casper Ohm un ick“, de up einen Ihnenplatz stahn, äbenbürtig mit Fritz Reuters Unkel Bräsig „Ut min Stromtied“.

Ahn Johns Familie, wūr sien Biographie unvullstännig sin. Sien Vadder, Caspar Christoph Mich(a)el Brinckmann, hett as Kopmann un Schippeigner de Hansestadt Rostock bekannt makt un ehren Wollstand mihrt, 1824 is hei as Kapitän mit sien Schipp un Mannschaft bi Storm vör Jütland unnergahn.

Johns Mudder, Anna Brinckman, wier de Tochter det Habenkommandanten Ruth in Göteborg. Sei möst nu ahn dat Familienoberhaupt ehre 9 Kinner uptrecken.

Johns Utbildung begün in ein „Klippschau“ (Privatschau), bit 1824 as hei in de **Grote Stadtschau Rostock** inschault wūr. Von 1834 bit 1838 studierte John an

de Universität Rostock, Jura. Dor wūr hei 1834 ok Mitglied von de **Alten Rostocker Burschenschaft** un 1835 von **Corps Vandalia Rostock**. Dat har Folgen: Wägen „versuchter Stiftung eines verbotenen politischen Vereins auf der Universität Rostock“ wūr hei tau drei Monat Gefängnis verurteilt.

1842 lierte John de damals 21-jöhrige **Elise Burmeister**, kennen, mit de hei sik an ´n 3. April 1846 verheuraten deed. Sei kreeg 10 Kinner.

Elise möst dat Meist, de Kinner grottrecken un John för denn Unnerholt sorgen. He hett sik u.a. an de Börger- un Realschule in Güstrow as Lihrer beworben, wo hei denn ok an ´n 20. September 1849 taunächst as Hülpslehrer instellt wūr. Sien Jahresgehalt bedröch tauierst 316 Daler un 32 Schillinge. Oft möst hei üm Taulagen bäden, üm sien Fru un de 10 Kinner tau ernähren.

Hei ünnericht Englisch, Französisch un Latein un geew ok noch Privatstun´ in Spanisch.

Siet 1854 veröffentlichte hei plattdütsche Gedichte und Vertellungen, dei em bekannt makten.

*

John un Elises ierst Spross, Max Felix Alexander, geef uns ut siene Kindheits- un Jugenderinnerungen Einblicke in Brinckmanns Familienleben. Dor wier dat bi de grote Kinnerschor nich verwunderlich, dat sülvst de an sich gaudmeutige Elise gelegentlich de Nerven döchgüngen, wenn

dat gült, dörch ein körperlich Tüchtigung, de Ordnung in ´n Familienläwen wedder hertaustellen.

Max vertellte dor folgende Begäbenheit:

„Min oll Mudder, de dunn noch forsch mitwirtschaften künn, wier in de Kaek. Se un de Kaeksch wiern bi un backten Appelpannkoken. Un mien lütt Swester hülpe de Beiden dorbi. Sei deed dat Proben, un an ehr flietig Arbeit künn ick seihn, dat de Koken ditmal wedder bannig god gelungen wier. För Appelpannkoken hadd ick in min Jungsjohren nun gore fäl oewer. Ick wull dorüm glik dorbi sin un min Swester bi ´t

Eten helpen... De hadd aewer absolut nicks von ehr *Öllermudder Eva* an sick, sei eet ehren Appelkauen sülvst un geew ehren *Adambrauder* ok nich ´n Häpp´chen aw. Mi steg de Arger up. Dat künn unmoeglich so döchgahn.- Dirns sünd in gewissen John jo quarig, un min Swester wir grad midden in disse quarigen Johren. Dat schöne Brülltalent künn

döorch ´n lütten gelegentlichen Puff furts in Gang bröcht un hahhulpen warden. Disen Puff besorgte ick ehr denn mit so ´n Nahdruck, dat dat Brüllen furts losgüng, so dull, dat ehr gesunde Lung´hergeben wull. Min Mudder hadd sick all glik aewer dat Strieden argert ... As dat Blarren nu losgüng, wier dat Maat vull, un se fauchte mi an: „Du verdammte Bengel, ditmal sasst du ok de Prügel hewwen, de ick di all langen taudacht heww!“ Un nu füng min Unglück an. Ick dacht aewer bi mi: ´So licht lat ick mi nich kriegen!´ .. Ick langte also ut, geew min Swester flink noch ´n degten Schups ... un dunn - heidi - güng dat tau Baehn. Wirklich ... folgte min Mudding min Spur nah, denn Schacht in de Hand.

„Dat hadd nich kamen müsst´, dacht ick un löp, as dat Tüch hollen wull. - Wurhen? ... Mi bleew wider nicks oewer, as de Ledder nah ´n Rökerbaehn ruptaustigen. Min oll Mudding ümmer achter mi her...“

„Ditmal sasst Du Dinen Lohn so düchtig hewwen!“, röp se vull Wut, ... dunn wir sei ok all baben up denn Rökerbaehn. - Ick sprüng fix üm denn groten Schornstein rüm, un ihrer sei de Ogen klor hadd, wier ick all dal wutscht un nehm de Ledder weg ...-“

Mudding röp: „Ick schlag di all de Knaken kaputt! ... Wisst du mal glik de Ledder ranner setten?“

„Ne dau ick nich, ierst möst du mi versprechen, ... dat Du mi nich mit ´n Schacht hagen wist.“

Min Mudder müst woll inseihn, dat dor kein Hülpe wier. De Rok kneep ehr ok in de Ogen. .. Sei versprök mi also, wat ick verlangen deed ... dunn leet ick ehr wedder dal. As sei aewer man ierst wedder an Licht un Luft wir, ... dunn güng sei up mi los ... un schreeg:

„O, Du ungeraden Bengel, Du! Schacht sast du ditmal nich hewwen, dat heww ick leider versprochen, ...aewer ick will Di bigaben!“ ...

Min oll Mudding fohrte mi mit beid Händ ´n so in de Prük, dat mi kein losstangeln helpen ded, un dunn treckte sei mi aww aewer de Däl, ümmer mit beid Händ ´n in min Hoor... Ierst as wirklich ein Hand vull Hoor nah de Anner up de Baehndäl fallen deed, geew sick ehr Iwer...

Ok Vadder Brinckman geew sien Kinner gelegentlich drastische Mahnwürd mit up ehren Läbensweg. So erinnerte sik Max an een Ermahnung, de he as Tertianer tau hüren bekehr:

„Du hest soväl Mäb ünnern Schädel, dat mi dat blots wunnert, dat Du stats Hoor nich Disteln un Neddell hest. Bi Di sett´t sick dat all stats in Wissenschaft in Knaep un dumm Streich üm. Nu büst Du in Tertia, dat is ok so ´n Lotterklass, de mi nich gefallen kann. Na, ick ward mi erlauben, mi mal öfters nah Di ümtauseihn!“

Wenn Mutter Brinckman untaufräden wier, titulierte se ehre Söhn as „infame Rasselbande“. De Urteile von Vadder John fölen handgrieplicher ut. So tau ´n Bispill, as Max sien Vadder beichten mösst, dat he einen Husupsatz oewer *Karl V.* mit utführliche Unterstützung von ein Konversationslexikons anfertigt har: „Du verdammte Bengel, denn hest Du woll denn Upsatz awschreiben?“

„Ne, nich ganz, Vadding, de Fäblers heww ick allein makt...“

Bautz, bautz, dor hadd ick ´n poor Urfigen weg, de ´n ganz Deil reeller wiern, as mien Arbeit, aewer dormit wier de Sak denn ok ut de Welt...“

Har Max Brinckman in sien Knabenjohren iernsthafte Probleme, so künn hei sik up denn Bistand von sin Öllern verlaten. Wenn John Brinckman sien Soehn Max gelegentlich ok as „Ap“ titulierte, un siene gesamte Kinnerschor „Freetmöbel“ nennete, so wiern dit Kosewörd mit de ein bäten spröde, oewer nich desto weniger leiwen- de Vadder sik an sien rieke Kinnerschor freute.

Literaturquelle: Autor Willi Passig; „John Brinckman, ein Biographisches Kaleidoskop“, Edition Pommern 2014; ISBN: 978-3-939680-20-8. Kiek ok: https://de.wikipedia.org/wiki/John_Brinckman



TERMINE

Datum	Zeit	Veranstaltung	Ort	Raum
So., 8.9.	12:00 Uhr	Gedenken an die Opfer des Faschismus	Rostock	Steintor
Sa., 14.9.	19:30-23	Rosa-Luxemburg-Stiftung: Eine Million gegen Rechts! Konzert zur Unterstützung von selbstverwalteten Jugendhäusern	Rostock	Circus Fantasia Warnowufer 55
Di., 17.9.	19:00 Uhr	Erste Sitzung der AG Politische Bildung	Rostock	Geschäftsstelle
Mi., 18.9.	18:30 Uhr	Sitzung des Kreisvorstandes LRO	Güstrow	Burghotel
Do., 19.9.	18:00 Uhr	Rosa-Luxemburg-Stiftung: "Warten wir die Zukunft ab" Lesung und Gespräch mit dem Autor Hartmut König (Oktoberklub)	Rostock	Peter-Weiss-Haus Dobener Str. 21
Do., 19.9.	18:30 Uhr	Sitzung der Kreislagsfraktion	Bad Dob.	August-Bebel-Str. 4
Mi., 9.10.	09:30 Uhr	Beratung der AG Seniorenpolitik Rostock	Rostock	Geschäftsstelle
Sa., 12.10.	11:00 Uhr	Mitgliederversammlung der VVN-BdA BO Rostock, mit Büffet	Rostock	Geschäftsstelle
Mo., 21.10.	18:30 Uhr	Sitzung der Kreislagsfraktion	Güstrow	Am Wall 3
Sa., 26.10.	09:00 Uhr	Klausur des LRO-Kreisvorstandes zu Strukturfragen (Gast: Gaby Göwe, Landesschatzmeisterin)	Kritzkow	Gaststätte STRIKE

VERANSTALTUNGEN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

Warten wir die Zukunft ab
Lesung und Gespräch mit dem
Autor Hartmut König

Hartmut König ist zurück. Als Frontmann des Oktoberklubs, einer politischen Liedgruppe in der DDR, wächst er als Schul-, Kirch- und Grenzgänger in Ostberlin auf. In den 60er Jahre ist er mittendrin in der entstehenden Beatszene. Als Liedermacher tritt er vor der UNO-Vollversammlung auf, im eigenen Land polarisiert er mit seinen Texten. Doch statt für die künstlerische Laufbahn entscheidet er sich für die Politik. In seiner Autobiografie berichtet er über Begegnungen mit internationalen Künstlern und Politikern und lässt gleichzeitig tief in die DDR-Kulturpolitik und hinter die Kulissen der Macht blicken. Hartmut König, geboren 1947 in Berlin, war Mitbegründer der deutschsprachigen Beatband „Team 4“ und des „Oktoberklub“; Autor und Komponist zahlreicher Lieder („Student in einer fremden Stadt“, „Die Straße“; Songtexte für den DEFA-Film „Heißer Sommer“); studierte Journalistik in Leipzig, 1974 Promotion; ab 1976 Sekretär des Zentralrates der FDJ; 1989 stellvertretender Kulturminister. Nach 1990 arbeitete er in einem Brandenburger Zeitungsverlag und lebt heute in der Gemeinde Panketal nahe Bernau.
Ort und Zeit, siehe oben

Eine Million gegen Rechts!

Konzert zur Unterstützung von selbstverwalteten Jugendhäusern

100 Konzerte in 100 Städten – die Tournee „Eine Million gegen Rechts!“ der Band „Strom & Wasser“ mit musikalischen Gästen wie Konstantin Wecker, Gisbert zu Knyphausen, Kettcar, Selig, Dota Kehr, Stoppok, Sarah Lesch, ... um gemeinsam insgesamt 1 Million Euro für selbstverwaltete Jugendhäuser und Soziokulturel-

le Zentren in Sachsen, Brandenburg und Thüringen zu sammeln.

Denn diese Orte sind bedroht und brauchen unsere Unterstützung. Orte der Welt-offenheit, basisdemokratisch, tolerant und fernab vom Mainstream auch immer bereit, ein Zuhause für diejenigen zu sein, die es sonst schwer haben in der Gesellschaft. Unter dem Motto „Eine Million gegen Rechts“ wird Heinz Ratz mit lokalen und bekannten Künstlern auf musikalischen, informellen und kulturellen Veranstaltungen interessierte Menschen aller Art zusammen bringen und Spenden sammeln. Die gesammelten Gelder sollen den Jugendzentren und Kultureinrichtungen zugutekommen, damit sie eventuell ihre Häuser kaufen können, Sicherheiten gegen Kündigungen haben oder mit den Geldern entsprechende Anwaltskosten, Werbung für Überlebensaktionen, wichtige Kulturprogramme, notwendige Sanierungen tragen können.

Ort und Zeit, siehe oben



In Rostock erinnerten linke Aktivist*innen an die Ermordung des KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann vor 75 Jahren. Der Stadtteilverband Reutershagen führte anlässlich dieses Jahrestages eine Veranstaltung am Thälmann-Denkmal durch.

IMPRESSUM

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock
Kröpeliner Straße 24
18055 Rostock
Telefon: 0381-4920010
Telefax: 0381-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock, Geschäftsstelle Güstrow, Markt 34, 18273 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: landkreis-rostock@die-linke-mv.de
Internet: www.die-linke-landkreis-rostock.de

Redaktion: Wolfgang Bergt, Peter Hörnig, Dr. Carsten Penzlin, Julia Schlaefer
Layout: Carsten Penzlin
E-Mail: redaktion.klartext@web.de

Spendenkonten der LINKEN:
Landkreis Rostock:
IBAN: DE31 2003 0000 0028 6067 07
BIC: HYVEDEMM300
Hypo-Vereinsbank
Rostock:
IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84
BIC: NOLADE21ROS
OSPA Rostock
Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor.

Abonnement: 2,50 € pro Ausgabe
(Spende + Versandkosten)

AKTUELLES

Dietmar Bartsch – Eine für alle: Auch Abgeordnete müssen in die Rente einzahlen

Ich fordere, dass alle Abgeordneten in die gesetzliche Rente einzahlen. Es ist nicht akzeptabel, dass immer mehr Menschen von Altersarmut bedroht und wir Politiker durch ein Extra-System üppig versorgt sind – ohne eigene Beiträge zu leisten. Es wäre ein Zeichen für gesellschaftlichen Zusammenhalt, sollte der Bundestag eine solche Rentenbeitragspflicht für Abgeordnete beschließen.



Die Rente ist nicht sicher, zumindest gefühlt. Immer mehr Menschen haben Angst davor, dass es im Alter nicht reicht. Ziel muss es sein, die gesetzliche Rentenversicherung wieder in die Lage zu versetzen, ihre Aufgaben zu erfüllen: Die Rente muss den erarbeiteten Lebensstandard der Menschen im Alter sichern und sie muss zuverlässig vor Armut schützen. Dafür braucht es einen Systemwechsel. Wir wollen, dass nicht nur Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen, sondern alle Menschen

mit Erwerbseinkommen. Als einen Schritt hin zu einer Rentenkasse für alle, sollten Bundestagsabgeordnete vorangehen und Beiträge leisten.

Ohne eigene Beiträge erwerben Bundestagsabgeordnete bereits nach vier Jahren im Parlament einen höheren Anspruch als viele Rentner derzeit an gesetzlicher Rente monatlich erhalten. Mitglieder der Bundesregierung haben nach vier Jahren im Amt sogar einen Anspruch auf eine Altersversorgung von etwa 4500 Euro. Diese Privilegien für Politiker sind Welten vom Leistungsniveau der gesetzlichen Rentenversicherung entfernt.

Die Rentenbeitragspflicht für Abgeordnete wäre ein Schlüssel für den Systemwechsel. Danach müssen weitere Gruppen einbezogen werden: Regierungsmitglieder, Beamte, Selbständige, Freiberufler bis hin zu Spitzenmanagern – alle. Ein ausreichendes Auskommen im Alter ist eine Kernfrage sozialer Sicherheit. Dafür ist eine gerechte und stabile Finanzierungsbasis der Rente notwendig. Es geht nicht um eine Generationenfrage, sondern darum, wer zahlen muss und wer sich derzeit aus der Solidarität verabschieden kann. Das Beispiel Österreich zeigt, dass ein solches System, indem alle einzahlen, besser funktioniert und deutlich höhere Renten für die Mehrheit ermöglicht.

Wir werden im Bundestag beantragen, dass alle Abgeordnete in die gesetzliche Rente einzahlen. Die Rentenbeitragspflicht wäre nicht nur eine Rentenkürzungsbremse, weil Bundestagsabgeordnete ggf. selbst von Einschnitten betroffen wären. Die Rentenbeitragspflicht wäre letztlich ein dringend notwendiges Signal gegen den Vertrauensverlust der Bürger gegenüber der gesetzlichen Rente und gegenüber unserem politischen System insgesamt.



Skizzen von Wolfgang Bergt: Schweriner See



Gewinnerin: Klimaaktivistin **Greta Thunberg** hat zwei Wochen nach ihrem Aufbruch zur Atlantik-Überquerung per Rennjacht die Einfahrt nach New York erreicht. Der Jugend-Klimagipfel der Vereinten Nationen in New York beginnt am 21. September. Zwei Tage später folgt die große Klimakonferenz mit Staats- und Regierungschefs vor der UN-Generalversammlung.

Verliererin: Schleswig-Holsteins Parteichefin **Doris Sayn-Wittgenstein** wurde aus der AfD ausgeschlossen, weil sie einen unterstützten, der Holocaust-Leugnern ein Forum bietet.

MONATSZITAT

LINKEN-Fraktionschefin Sahra Wagenknecht fordert einen Mietendeckel auf Bundesebene. Wagenknecht sagte, statt ihre "wirkunglose Mietpreisbremse zu verlängern, sollte sich die Bundesregierung am Entwurf des Berliner Mietendeckels ein Beispiel nehmen".

MONATSZAHL

Minus 7,2 Millionen Euro im städtischen Haushalt von Rostock. Finanzsenator Chris Müller von Wrycz-Rekowski legt den Bürgerschaftsmitgliedern offen, dass auf dem städtischen Konto Ende 2019 ein Minus von 7,2 Millionen Euro stehen wird und nicht die versprochene „schwarze Null“.

LYRIK

Irrtum

(von Janina Niemann-Rich)

ich sehe Frühling
ich spüre Herbst
gestrandet am Ufer der Zeit

Austauschbar

(von Jürgen Riedel)

Demokratie schüttelt den Kopf
nennt die Namen
von der Karrenbauer
Kramp-Leyen
Unfähigkeit in Spitzenämtern
ist Wirrwarr

Für fette Mehrwertsteuer

(von Jürgen Riedel)

Grüne wollen Fleischpreis erhöhen
giftgrünes Tierwohl – vor – Armenschutz
kein Kampf gegen
Gülle unsozialer Politik